

„Die Blätter werden bunter.“

Zur Presselenkung in der DDR und ihrem Ende im Herbst 1989

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung eines akademischen Grades eines Bachelor of Arts im Fach  
Geschichte an der TU Dresden

vorgelegt von

Martin Rank  
Fritz-Löffler-Straße 12A  
01069 Dresden

Gutachter: Dr. Josef Matzerath  
Prof. Dr. Thomas Hänseroth

# GLIEDERUNG

<b>I Einleitung</b> .....	03
<b>Forschungsstand und verwendete Quellen</b> .....	04
<b>II Funktionsmechanismen der Pressegleichschaltung in der späten DDR</b> .....	08
1. ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda und Unterabteilungen.....	08
1.1 <i>Zur Rolle der ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda</i> .....	08
1.2 <i>Agitationsabteilungen auf Bezirksebene</i> .....	09
1.3 <i>Zur Weiterleitung von Argumentationen an die Presse</i> .....	10
2. Zur Arbeit des MfS in den Redaktionen.....	16
3. Zur Rolle und Funktion des Verbands der Journalisten der DDR (VDJ).....	18
4. Rolle und Selbstverständnis der Journalisten der Bezirkszeitungen.....	21
4.1 <i>Hauptfunktion: Verlautbarungsjournalismus</i> .....	21
4.2 <i>Vorauselender Gehorsam: „Die Schere im Kopf“</i> .....	24
4.3 <i>Die Bezirkszeitungen und ihre Leser</i> .....	26
<b>III Das Ende der Pressegleichschaltung</b> .....	29
1. Der medienpolitische Umbruch und die „Friedliche Revolution“.....	29
1.1 <i>Zur Diskrepanz zwischen Realität und Berichterstattung</i> .....	29
1.2 <i>Zum verordneten Dialog in den Medien</i> .....	33
1.3 <i>Honnecker geht und mit ihm die Pressegleichschaltung</i> .....	34
2. Der Umgang der Journalisten mit der neuen Situation.....	39
2.1 <i>Zwischen Aufbruchstimmung und Schock</i> .....	39
2.2 <i>Zwischen Verdrängung und Eingestehen der Verantwortung</i> .....	43
<b>IV Zusammenfassung</b> .....	47
<b>V Quellenverzeichnis</b> .....	49
<b>VI Verzeichnis der Primär- und Sekundärliteratur</b> .....	50

## Einleitung

In diesen Tagen erinnert sich das Deutsche Volk an die Ereignisse der „Friedlichen Revolution“ vor 20 Jahren. Im Rückblick wird oft eine zentrale Forderung der Demonstranten übersehen - die Forderung nach Meinungs- und Pressefreiheit. Das „Neue Forum“ mahnte bekanntlich im ersten Satz ihres Gründungsaufrufs an, dass in der DDR die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört ist. Die DDR in den Zeitungen war eine andere, als die Wirkliche, in der die Bürger leben mussten. Denn die massiven Probleme im Land wurden in den Medien tabuisiert. Journalisten hatten in der DDR hauptsächlich die Aufgabe, als Agitatoren der Volksmassen Beschlüsse des Politbüros weiterzuleiten. Eine eigenständige und kritische Auseinandersetzung mit Beschlüssen war tabu, Probleme wurden schöngefärbt. Dies änderte sich auch nicht, bis die SED-Führung ihre Macht durch den tagtäglichen Verlautbarungsjournalismus, der die Presse immer unglaubwürdiger machte, als gefährdet ansah.

Wie funktionierte dieser Lenkungsapparat, der es in einem Land mit 1812 verschiedenen Presseerzeugnissen und einer der höchsten Zeitungsdichten der Welt nahezu unmöglich machte, dass eine Publikation von den Vorgaben der SED abwich, obwohl keine Nachzensurbehörde existierte?<sup>1</sup> Wie war das Lenkungs- und Kontrollsystem aufgebaut, das die Journalisten dem Prinzip der parteilichen Berichterstattung unterwarf? Diese Fragen sollen im Teil II der Arbeit beantwortet werden. Dazu wird zuerst die Vorgehensweise der ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda unter die Lupe genommen. Sie bestimmte maßgeblich Themen, Termine und Schwerpunkte für die Berichterstattung und gab sie als „Empfehlungen“ an die führenden Kader in den Redaktionen weiter. Das MfS übte zwar auch Einfluss auf die Presse aus. Dieser war aber geringer, als mancher vermuten würde. Vergleichsweise wenige Mitarbeiter des MfS befassten sich mit Pressefragen. Hierzu soll geklärt werden, warum die Staatssicherheit dem Bereich so wenig Aufmerksamkeit schenkte. Der Verband der Journalisten der DDR (VDJ) wird in den meisten Arbeiten zur Mediengeschichte der DDR vernachlässigt. Es soll untersucht werden, welche Rolle er im Presselenkungs-system einnahm.

Für die Hauptfragen der Arbeit ist es wichtig, die eingangs angesprochene Rolle der Journalisten im Herrschaftssystem näher anzusehen. Denn erst sie ermöglichten die

---

<sup>1</sup> Vgl. Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, Stuttgart<sup>3</sup> 2007, S. 189.

reibungslose Pressegleichschaltung. Zu keiner Zeit waren sie Gestalter der „Friedlichen Revolution“. Die sollte jedoch bald ihre Rolle radikal umgestalten. Im Teil III sollen die Ursachen für das Ende der Presselenkung im Zuge der „Friedlichen Revolution“ näher untersucht werden. Dabei sollen Briefe an die Bezirksleitung Leipzig, die sich mit der Berichterstattung zu den Demonstrationen auseinandersetzten, einbezogen werden. Zum Schluss soll analysiert werden, wie die Journalisten den medienpolitischen Umbruch erlebten und wie sich ihre Rolle dadurch veränderte.

Viele Aspekte der Presselenkung in der DDR sind kaum erforscht. Das Desinteresse an dem Gegenstand ist erstaunlich, sah die SED die Kontrolle der Presse doch als wesentlichen Machtfaktor an. Sie ließ sich die Presselandschaft, die nach außen pluralistisch wirken sollte, einiges kosten.<sup>2</sup> In die Arbeit fließen Quellen aus den Staatsarchiven Leipzig und Dresden ein, die mit Hilfe der Erkenntnisse aus den Forschungsergebnissen interpretiert werden sollen.

### **Forschungsstand und verwendete Quellen:**

Eine umfassende Forschungsarbeit zum Gleichschaltungsapparat der DDR und dessen Zusammenbrechen gibt es noch nicht. Am nächsten kommt dem Holzweißigs „Die Schärfste Waffe der Partei“ von 2002.<sup>3</sup> Schon nach 1990 wurden einige Publikationen veröffentlicht. Diese zumeist journalistischen Annäherungen an das Thema sind zum großen Teil nicht quellenfundiert und nicht viel mehr als Zitatsammlungen wichtiger Beschlüsse und Reden zur Zeit des Umbruchs.<sup>4</sup>

Mit den Strukturen der Medienkontrolle, der Abteilung Agitation und Propaganda und der Rolle der Journalisten befassen sich die meisten Aufsätze mehr oder weniger intensiv. Kaum erforscht ist der Verband der Journalisten der DDR (VDJ). Zurzeit

---

<sup>2</sup> Vgl. Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 195; 189.

<sup>3</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Köln 2002.

<sup>4</sup> Vgl. exemplarisch: Baerns, Barbara: Journalismus und Medien in der DDR. Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels, Berlin 1990. So auch: „So durften wir glauben zu kämpfen“, herausgegeben von Edith Spielhagen. Hier schreiben Journalisten aus Ost und West über ihre subjektiven Erfahrungsberichte über die Medienwende. Vgl. Spielhagen, Edith (Hrsg): „So durften wir glauben zu kämpfen.“. Erfahrungen mit DDR-Medien, Berlin 1993.

Deutlich umfangreicher und fruchtbarer ist der Sammelband „Publizistischer und Journalistischer Wandel in der DDR“, der sich mit einigen Aspekten des Wandels befasst, aber bereits im Mai 1990 erschien und deshalb auch keine eine umfassende Gesamtdarstellung bieten kann, Vgl. Kutsch, Arnulf (Hrsg.): Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR. (=Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Band 64), Bochum 1990.

entsteht dazu eine Dissertation von Ursula Walker.<sup>5</sup> Bisher wurde dazu lediglich eine Magisterarbeit veröffentlicht.<sup>6</sup> Publikationen aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre orientieren sich zum großen Teil an dem Organ des Verbands „Neue Deutsche Presse“ (NDP) und sind nicht quellengesättigt. So beispielsweise der Aufsatz von Sigrun Richter „Vom Bewacher zum Überwacher“<sup>7</sup>.

Die Umbrüche bei den ehemaligen Bezirkszeitungen sind entweder gar nicht oder nur fragmentarisch untersucht. Die umfangreichste Arbeit hat dazu Steffen Reichert mit „Transformationsprozesse“ abgeliefert.<sup>8</sup> Für die SZ (Sächsische Zeitung) liegt keine vergleichbare Studie vor. Zur SZ wurde dafür die Arbeit des MfS (Ministerium für Staatssicherheit) in der Redaktion untersucht, wie auch bei den Bezirkszeitungen der „Neue Tag“, der „Berliner Zeitung“ und der „Lausitzer Rundschau“.<sup>9</sup> Für die restlichen zehn Bezirkszeitungen gibt es keine Studien über die Tätigkeit der Staatssicherheit. Holzweißig spricht von einer vorsätzlichen Vernachlässigung.<sup>10</sup> Denn weder Journalisten, die verdeckt für das MfS arbeiteten, noch die neuen Verlage der ehemaligen DDR-Presse hätten Interesse an Aufklärung.

Wenig erforscht ist auch die Journalistenausbildung der DDR.<sup>11</sup> Im Gegensatz zu den sehr unterschiedlichen Journalistenbiographien der Bundesrepublik gab es in der DDR einen einheitlichen Weg zum Journalistenberuf. In der Bundesrepublik war und ist „Journalist“ im Gegensatz zur DDR keine geschützte Berufsbezeichnung. In der DDR

<sup>5</sup> Vgl. Walker, Ursula: Kurzbeschreibung des Dissertationsprojekts Journalistische Verbandspolitik im geteilten Deutschland – der „Verband der Journalisten der DDR“ (VDJ) 1946-1990. URL: [http://www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang\\_de/mid\\_11192/ModeID\\_1/3639/default.aspx](http://www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang_de/mid_11192/ModeID_1/3639/default.aspx) (Zuletzt geöffnet am 3. 8. 2009)

<sup>6</sup> Vgl. Martin, Julia: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation, Westkorrespondenten, "Der Schwarze Kanal". Medien in Geschichte und Gegenwart, Band 23, Köln 2007, S. 7-78.

<sup>7</sup> Vgl. Sigrun, Richter: „Vom Bewacher zum Überwacher“. Der Weg des DDR-Journalistenverbandes zu einem neuen Selbstverständnis, in: Kutsch, Arnulf (Hrsg.): Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR, S. 85-106.

<sup>8</sup> LVZ = Leipziger Volkszeitung. Vgl. Reichert, Steffen: Transformationsprozesse. Der Umbau der LVZ, Münster 2000.

<sup>9</sup> Vgl. Kluge, Ulrich/ Birkefeld, Steffen/ Müller, Silvia: Willfähige Propagandisten. MfS und Bezirksparteizeitungen: „Berliner Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Neuer Tag“. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 69, Stuttgart 1997; Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. Absicherung der Berichterstattung der SED-Bezirkszeitung Lausitzer Rundschau durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. (=Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 18), Berlin 2003.

<sup>10</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Medien in der DDR während der Zeit der Wende und im Alltag der neuen Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung der Tageszeitungen, in: Materialien der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band IV/2, Baden-Baden und Frankfurt am Main 1999, S. 1777.

<sup>11</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: DDR-Medien und Medienpolitik, in: Eppelmann, Rainer/ Faulenbach, Bernd/ Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn [u.a.] 2003, S. 113-116.

durften sich nur all jene als „Journalist“ bezeichnen, die die Ausbildung an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität (KMU) oder der Fachschule Leipzig absolvierten. Dabei wurde neben dem Fachwissen ein umfassendes politisch-ideologisches Fundament vermittelt.<sup>12</sup> Die Bedeutung dieser einheitlichen Hochschulsozialisation für die Gleichschaltung der Medien sollte nicht unterschätzt werden. Bisher wurden keine Forschungsarbeiten veröffentlicht, die sich quellenfundiert und umfangreich mit der Ausbildung auseinandersetzen.

Relativ selten wurde die vollkommen neue Situation ab Ende Oktober 1989 aus Sicht der Journalisten thematisiert. Hier hat das viel zitierte Werk von Stefan Pannen „Die Weiterleiter“ 1992 gute Vorarbeit geleistet.<sup>13</sup> Die 1996 veröffentlichte Dissertation von Roland Reck „Wasserträger des Regimes“ liefert weitere wichtige Erkenntnisse.<sup>14</sup> Interessant ist auch die Arbeit von Renate Schubert, „Ohne größeren Schaden“, in der sie ehemalige DDR-Journalisten interviewt, die allerdings auch nicht über eine journalistische Annäherung hinausgeht.<sup>15</sup> In dieser Arbeit sollen die Ergebnisse dieser Studien im letzten Kapitel aufgegriffen werden und zu einer kurzen Stimmungsgeschichte verdichtet werden.

Der Autor hat Quellen aus dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv (SHS) Dresden und dem Staatsarchiv Leipzig verwendet. Aus dem Bezirk Leipzig wurden Akten des Teilbereichs Agitation und Propaganda der Bezirksleitung<sup>16</sup> und Zuschriften an die Bezirksleitung von Bürgern und Organisationen an die Bezirksleitung eingebracht.<sup>17</sup> Im Hauptstaatsarchiv Dresden gibt es keine Bestände von Briefen an die Bezirksleitung und auch nicht vom Teilbereich Agitation und Propaganda, sondern nur vereinzelte Anweisungen der ZK<sup>18</sup>-Abteilung Agitation an die Bezirksleitung Dresden<sup>19</sup>, die nicht zu einem Bestand zusammengefasst sind. Dafür sind vom Verband der Journalisten der DDR im Bezirk Dresden<sup>20</sup> Akten erhalten, die in Leipzig fehlen. Leider sind aus dem Zeitraum Ende September 1989 bis Januar 1990 keine Dokumente des VDJ-Dresden

---

<sup>12</sup> Vgl. Pürer, Heinz/Rabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 179.

<sup>13</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992.

<sup>14</sup> Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes. Rolle und Selbstverständnis von DDR-Journalisten vor und nach der Wende 1989/90, Dissertation an der Universität Münster, Medien und Kommunikation, Band 24, Münster 1996.

<sup>15</sup> Vgl. Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden, München 1992.

<sup>16</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21121: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Nr. 41, 42.

<sup>17</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz.

<sup>18</sup> ZK = Zentralkomitee

<sup>19</sup> SHS Dresden, 11857: SED-Bezirksleitung, Dresden Nr. B/262, B/260, B/252.

<sup>20</sup> SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden, Nr. 4.

überliefert. Damit tragen die Akten wenig zu den Kernfragen der Arbeit bei, sind aber nützlich, um die Organisationsstruktur der Pressegleichschaltung zu veranschaulichen. Interessant sind die teils handgeschriebenen Briefe an die Bezirksleitung Leipzig, weil sie viel über die Stimmung der DDR-Bürger zur Zeit der Friedlichen Revolution aussagen und sich einige auf Pressefragen beziehen. In diesem Kontext sind sie bisher in keiner Arbeit verwendet worden.

Vom Teilbereich Agitation und Propaganda sind nur Akten erhalten, die das Bezirksparteiarchiv als archivwürdig einschätzte. Die Parteiarchivare sollten für die Nachwelt das Werden und den Fortschritt des Sozialismus dokumentieren. Es wurde angenommen, dass Schriftwechsel zwischen den Institutionen dafür ungeeignet war. Deshalb sind vor allem Analysen, Protokolle und Berichte dokumentiert. So sind von der Kassation auch Schriftwechsel von der Agitationsabteilung mit der LVZ und dem VDJ betroffen.<sup>21</sup> „Gerade der Bereich der Medien ist bis auf einige Unterlagen zur Entwicklung der LVZ ein absolut weißer Fleck.“<sup>22</sup> Die wenigen vorhandenen Akten genutzt werden, um Teile der Arbeit anschaulicher zu machen und die Ergebnisse der Sekundärliteratur zu ergänzen. Zur Veranschaulichung der Berichterstattung werden einige Artikel aus der Sächsischen Zeitung und des Neuen Deutschland verwendet. Darüber hinaus werden Zuschriften an das Organ des VDJ „Neue Deutsche Presse“ zur Zeit des medienpolitischen Umbruchs genutzt, um die Stimmungslage der Journalisten besser verdeutlichen zu können.

---

<sup>21</sup> Vgl. Herrmann, Christian: Einleitung: Geschichte der SED-Bezirksleitung/ Teilbereich Agitation und Propaganda, Findbuch, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-Bezirksleitung Leipzig, SED-Bezirksleitung Leipzig, 06 Agitation und Propaganda. URL: [http://www.Archiv.sachsen.de/ofind/StA-L/21123/21123\\_Agitation\\_neu/index.htm](http://www.Archiv.sachsen.de/ofind/StA-L/21123/21123_Agitation_neu/index.htm). (Zuletzt geöffnet am 12. August 2009)

<sup>22</sup> Herrmann, Christian: Einleitung

## II Funktionsmechanismen der Pressegleichschaltung in der späten DDR

### 1. ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda und Unterabteilungen

#### *1.1 Zur Rolle der ZK-Abteilungen Agitation und Propaganda*

Der Arbeitsalltag von Journalisten in der DDR ist nicht ohne den Apparat der SED zur Presselenkung zu verstehen. Deshalb ist es notwendig, ihn in Grundzügen darzustellen. Alle wesentlichen Entscheidungen zur Berichterstattung in der DDR wurden direkt vom Machtzentrum der SED aus getroffen, zum Teil vom Generalsekretär höchstpersönlich. Denn das Politbüro sah die uneingeschränkte Kontrolle der Medien und den Fortbestand des Meinungsmonopols der SED als unerlässlich für den Machterhalt an. Wie in anderen autoritären Diktaturen dienten die Massenmedien der DDR als Herrschaftsmittel der Staatsführung.<sup>23</sup> Auch wenn in der Verfassung die Pressefreiheit festgelegt war, hatte faktisch das Zentralkomitee der SED die Macht für die Anleitung der Massenmedien.<sup>24</sup>

Joachim Herrmann, bis 1978 Chefredakteur des Neuen Deutschland (ND), dem überregionalen Zentralorgan der SED, war der letzte ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda und leitete die gleichnamigen Abteilungen Agitation und Propaganda, sowie die Agitationskommission beim Politbüro.<sup>25</sup> Die Kompetenzen der einzelnen Abteilungen waren nicht immer eindeutig geregelt und so überlagerten sich deren Aktionsbereiche.<sup>26</sup> Die Abteilungen waren die wichtigsten Instanzen für die Presselenkung in der DDR. Zuständig für die direkte Anleitung der Presse war die ZK-Abteilung Agitation, die zuletzt von Heinz Geggel geleitet wurde. Denn die Abteilung hatte die Aufgabe, tagespolitische Argumentationen für Rundfunk und Fernsehen, den Nachrichtendienst ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Massenorganisationen und die Presse der SED auszuarbeiten und an sie weiterzuleiten.<sup>27</sup> Geggel instruierte einmal in der Woche alle SED-Medienvertreter zu aktuellen Terminen, Problemen, Tabus oder Geboten.

---

<sup>23</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 14.

<sup>24</sup> Offiziell gab es in der DDR laut Artikel 27 Pressefreiheit. Der Artikel war aber wirkungslos, da im Artikel 1 der Verfassung die führende Rolle der SED festgelegt war. Vgl. Holzweißig: Zensur ohne Zensor, Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997, S. 124.

<sup>25</sup> Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 50.

<sup>26</sup> Für eine genauere Betrachtung: Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 8.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 50.



Agitatoren und Propagandisten waren mit allen anderen politischen Feldern verbunden und setzten sich keineswegs nur mit der Presse auseinander.<sup>28</sup> So ist auch nur ein kleiner Teil des Bestands von der Bezirksleitung Leipzig für die Arbeit von Relevanz. Im Allgemeinen bestand die Hauptaufgabe der Agitatoren, auf zentraler, wie auf Bezirksebene, in der Massenmobilisierung, der Veranschaulichung der Errungenschaften der DDR und der Massenwerbung.<sup>29</sup>

Die Abteilung Propaganda hingegen sollte längerfristige ideologische Fragen bearbeiten. Beide Abteilungen setzten die ideologischen Vorgaben der Agitationskommission beim Politbüro um. Die Kommission hatte die Aufgabe, Grundsatzargumentationen, also ideologische Vorgaben zu den aktuellen innen- und weltpolitischen Problemen auszuarbeiten. Sie traf jeden Dienstag zusammen. Dabei erklärte Herrmann den wichtigsten Journalisten der SED-Presse aktuelle Beschlüsse des Politbüros.<sup>30</sup> Kommission und Agitationsabteilung sollten auch kontrollieren, wie die „Argumentationen“ in der Presse umgesetzt wurden.<sup>31</sup>

### *1.2 Die Agitationsabteilung auf Bezirksebene*

Ergänzend zur ZK-Abteilung Agitation arbeiteten auf Ebene der Bezirke nachgeordnete Agitationsabteilungen, die als verlängerter Arm der zentralen Abteilung die Interessen des Zentralkomitees umsetzten. Auf diese Weise konnte das ZK wirkungsvoller auf die SED-Zeitungen in den Bezirken Einfluss nehmen. Denn die politisch-ideologischen Richtlinien der Bezirksabteilungen wurden von der zentralen Abteilung vorgegeben.<sup>32</sup> Auf Bezirksebene gab keine Trennung der Bereiche Agitation und Propaganda.

Wie die zentrale Abteilung hatte auch sie eigene Mitarbeiter, die sich mit der Beobachtung der Presse befassten. Sie konnten die Presse für gelungene Artikel loben, aber auch eine schlechte ideologische oder journalistische Umsetzung aktueller Probleme bei den Zeitungen anprangern, sowie den Führungsstil von journalistischen Kadern infrage stellen.<sup>33</sup> Die Bezirksabteilung Agitation leitete damit Bezirksparteizeitungen direkt an, nahm inhaltlich Einfluss und traf kaderpolitische Entscheidungen.

---

<sup>28</sup> Vgl. Herrmann, Christian: Einleitung.

<sup>29</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>30</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S.9.

<sup>31</sup> Vgl. Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln [u.a.] 2007, S. 264f.

<sup>32</sup> Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S.24f.

<sup>33</sup> Vgl. Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert, S. 267f.

Wichtige Kader in den Redaktionen, wie die Chefredakteure, waren meist gleichzeitig Mitglieder der Bezirksleitungen.<sup>34</sup> Kluge fasst es zutreffend zusammen: „Diese Verknüpfungen sicherten den direkten und formal legitimierten Zugang zu allen Belangen der Bezirksparteizeitungen.“<sup>35</sup> Die enge Verbindung von Bezirksleitung und -zeitung ist nur konsequent, da die Zeitungen per Definition Parteiorgane waren. So war es ausgeschlossen, dass in den Bezirkszeitungen auch nur ein Artikel erschien, der den politisch-ideologischen Ansichten der Leitungen entgegenlief.

Wich die Zeitung dennoch über längere Zeit von den Vorstellungen der Bezirksleitung (BL) ab, konnte sie als drastischste Maßnahme den Chefredakteur auswechseln, wie es Kluge, Birkefeld und Müller<sup>36</sup> am Beispiel der Sächsischen Zeitung Ende der 70er Jahre aufzeigen. Nach regelmäßiger Auswertung der SZ, kam die BL Dresden zum Schluss, dass ein Wechsel an der Spitze der Zeitung notwendig sei. Vor der kaderpolitischen Entscheidung wurde das neue Szenario gründlich analysiert und die für die Spitze in Frage kommenden Personen unter die Lupe genommen.<sup>37</sup>

Daneben wurden von den ZK-Abteilungen Perspektivpläne ausgearbeitet, in denen alle wichtigen Termine für die Berichterstattung aufgeführt worden. Damit stand lange Zeit vor den Veranstaltungen fest, dass sie in den Zeitungen zu erscheinen hatten. Die Befugnisse der BL-Mitarbeiter der Abteilung Agitation gingen damit weit über argumentative Vorschläge und inhaltliche Einmischung bei den Zeitungen hinaus.

### *1.3. Zur Weiterleitung von Argumentationen an die Presse*

Nun soll gezeigt werden, auf welche Art und Weise Grundsatzargumentationen von der Abteilung Agitation und Propaganda an die Presse weitergeleitet wurden. Da später die Arbeit der Journalisten zur Zeit der „Friedlichen Revolution“<sup>38</sup> im Vordergrund stehen wird, sollen Beispiele für Argumentationen verwendet werden, die sich auf die ersten

<sup>34</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 28; Ein Beispiel für Ausscheiden alter Kader: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-Bezirksleitung Leipzig, Nr. IV/ F/ 2/ 03/ 120, Blatt 52.

<sup>35</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 29.

<sup>36</sup> Zur besseren Leserlichkeit wird im Folgenden nur noch von Kluge die Rede sein.

<sup>37</sup> Ausführlicher: Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 29.

<sup>38</sup> In dieser Arbeit bezieht sich der Begriff „Friedliche Revolution“ direkt auf die Montagsdemonstrationen seit dem 4. September 1989 in Leipzig und die folgenden landesweiten Demonstrationen im Oktober und November. Diese Verengung des Begriffs auf einen Aspekt soll zur sprachlichen Vereinfachung beitragen. Eigentlich ist der Beginn der „Friedlichen Revolution auf den 15. Januar 1989 zu datieren, als erstmals 500 Menschen in Leipzig demonstrierten, nachdem tausende Flugblätter verteilt worden waren. Zur „Friedlichen Revolution“ sind viele weitere Ereignisse zuzuordnen, wie der aufgedeckte Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 und die Ausreisebewegung. Vgl. Holitzer, Tobias: 15 Jahre Friedliche Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/42 2004, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3-6.

Demonstrationen in der DDR beziehen. Obwohl die Journalisten keine Akteure der „Friedlichen Revolution“ waren, ist es trotzdem wichtig, ihre Rolle zu der Zeit zu untersuchen, da der Umbruch im Herbst 1989 ihre Arbeit ganz wesentlich beeinflusste. Grundsatzargumentationen gaben vor, wie Ereignisse oder Probleme von politischen Handlungsträgern zu deuten waren. Sie waren das Ergebnis der aktuellen ideologischen Richtung der Mitglieder des Zentralkomitees. Die ausgeklügelten Mechanismen der Presselenkung machten es bis zum Zusammenbruch im Oktober 1989 unmöglich, dass in den Medien der DDR Meinungen vertreten werden konnten, die vom Meinungsmonopol der SED abwichen. Die öffentliche Meinung der DDR war damit von einer einheitlichen Deutung welt- und innenpolitischer Ereignisse geprägt.<sup>39</sup> Rein formal waren die Argumentationen keine Anweisungen, sondern „Empfehlungen“. Doch kein Journalist konnte es sich leisten, eine solche „Empfehlung“ auszuschlagen. In der Praxis glichen sie einem Befehl.<sup>40</sup> Dazu passt auch die Rolle der Journalisten im Herrschaftssystem als Befehlsempfänger und –weiterleiter, die im Kapitel II. 4. 1 weiter vertieft werden soll.

In einer Argumentation zum 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR vom 29. September 1989 wurden auch die Demonstrationen in Leipzig thematisiert. Das Schreiben war an alle Mitarbeiter der Bezirksleitung Leipzig gerichtet und sollte in keiner Weise „[...] vervielfältigt oder schriftlich wiedergegeben werden.“<sup>41</sup> Am 4. September 1989 versammelten sich nach MfS-Angaben rund 1 000 Demonstranten vor der Leipziger Nikolaikirche und schufen damit eine wirksame Gegenöffentlichkeit zur SED. Drei Wochen später waren bereits fünfmal so viele Demonstranten auf der Straße. Zum Höhepunkt der internationalen Anerkennung wollte sich die DDR zum 40. Jahrestag am 7. Oktober im großen Stil selbst feiern. Die Vorbereitungen begannen bereits ein Jahr zuvor. Demonstranten passten nicht in das Bild von der Einheit der sozialistischen Gesellschaft, das die DDR an dem Tag der Welt vermitteln wollte. Deshalb sollten sie in den Medien nicht als Teil der sozialistischen Gesellschaft, sondern als „antisozialistisch“ dargestellt werden:

„Das, was in Leipzigs Innenstadt inszeniert und organisiert wird, das ist nichts anderes, als ein Versuch, Recht und Ordnung aufzuweichen,

<sup>39</sup> Wenn man von Versuchen oppositioneller Gruppen absieht, zum Beispiel mit Wurfsendungen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vgl. Reichert, Steffen: Transformationsprozesse, S. 88f.

<sup>40</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Medien in der DDR, S. 1746. Befehlsverweigerung hatte in den 80er Jahren zwar nicht mehr harte Sanktionen zur Folge, konnte aber eine journalistische Karriere beenden. In der Regel zogen Verstöße gegen die Linie der Partei Versetzungen oder das Verwehren von Aufstiegsmöglichkeiten nach sich. Vgl. Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor, S. 148.

<sup>41</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21121: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Nr. 42, 1138, S. 1.

egoistischer Willkür Raum zu schaffen, um den Sozialismus zu destabilisieren. [...] Einzelne solcher Leute in von Ihnen zusammengezimmerten Gruppen wittern Morgenluft und kriechen wie Ratten aus ihren Löchern. Sie rotten sich zusammen, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören. Sie brüllen heuchlerisch Parolen wie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ [...]. Die einzeln geäußerte Forderung, das 'Neue Forum' zuzulassen, vermag an deren antisozialistischen Charakter nichts ändern. Es geht allein darum, die öffentliche Ordnung zu stören, Recht und Gesetzlichkeit aufzuweichen, Ruhe und Sicherheit der Bürger zu unterminieren, die sozialistische Gesellschaft zu destabilisieren.“<sup>42</sup>

Da die antisozialistischen Kräfte aus der Sichtweise des ZK nicht aus der sozialistischen Gesellschaft selbst stammen konnten, wurde die BRD dafür verantwortlich gemacht.<sup>43</sup> Nicht von „Demonstranten“ ist die Rede, sondern „antisozialistischen Rowdys“, welche Ordnung und Sicherheit gefährden wollen und von westlichen Kräften angestachelt werden:

„Ratgeber und Kolpoteure sind dabei solche Vertreter der Westmedien[...]. Sie lügen das blaue vom Himmel, indem sie diese Kräfte zu Freiheitsaposteln hochjubeln. Und das doch nur, weil sie deren Sache besorgen, weil sie Figuren sind im Spiel der anderen Seite. Im Auftrag der Hintermänner organisieren diese Westjournalisten Provokationen, bauschen sie auf und schlachten sie aus. Sie tun nur eins: lügen, verleumden, einmischen.“<sup>44</sup>

Wie bereits beschrieben, hatte die Agitationsabteilung auf Bezirksebene die Aufgabe, die Anweisung an die LVZ weiterzuleiten und die korrekte inhaltliche Umsetzung zu kontrollieren. So war die Argumentation, die hier am Beispiel der Mitteilung gezeigt wird, bis Ende Oktober unumstößliche Tatsache in allen Zeitungen der DDR.<sup>45</sup>

Wichtiger als schriftliche Mitteilungen an die Zeitungen war die so genannte „Argu“, die in Berlin vom Leiter der Abteilung Agitation, Heinz Geggel an Vertreter verschiedener Ostberliner SED-Medien persönlich weitergegeben wurden. Geggel, von 1973 bis 1989 Leiter der Abteilung gab den Medienvertretern einmal in der Woche, am Donnerstag Instruktionen. Dies geschah nur mündlich, Mitschriften waren unerwünscht.

---

<sup>42</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21121: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Nr. 42, 1138, S. 4-5.

<sup>43</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 107.

<sup>44</sup> Ebd. S. 4f.

<sup>45</sup> Bis auf ein paar Ausnahmen in der Blockparteipresse. Am 10. Oktober erschien in der Zeitung „Die Union“ (CDU) der erste Artikel, der die Demonstrationen in Leipzig und Dresden thematisierte, ohne die Demonstranten als „Staatsfeinde“ zu bezeichnen. Dies war zu dieser Zeit auf keinem Fall typisch für die Berichterstattung in Blockparteizeitungen. Der Autorin des Artikels Uta Dittmann zufolge hatte der Chefredakteur an dem Tag große Probleme, die Zeitung zu füllen und nur deshalb den Artikel veröffentlicht. Vgl. Richter, Michael/ Sobeslavsky, Erich: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, München 1999, S. 80.

60-80 Medienvertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen aus Berlin fanden sich in das Gebäude des Zentralkomitees ein, um die „Empfehlungen“ entgegen zu nehmen und die Redaktionen weiterzuleiten.<sup>46</sup> Die Pressevertreter vom ND waren nicht anwesend, weil die Zeitung, an dem sich die Bezirkszeitungen zu orientieren hatten, direkt von Herrmann instruiert wurde.<sup>47</sup>

Die Argumentationsanweisungen waren oftmals bis ins Detail ausgearbeitet und mussten streng eingehalten werden. Themenschwerpunkte, Termine, Verbote und Gebote wurden hier bekannt gegeben.<sup>48</sup> Teilweise wurden die Schwerpunkte der Berichterstattung für das nächste Vierteljahr im Voraus geplant. Die „Argu“-Sitzungen und schriftlichen Argumentationen waren für die SED ein unerlässliches Werkzeug, um die Tagesordnung in den Redaktionen diktieren zu können. Sie hatten aber auch zur Folge, dass sich die Zeitungen in der politischen Berichterstattung kaum voneinander unterschieden.

Die Chefredakteure der Bezirkszeitungen nahmen zwar nicht an den Sitzungen teil, aber auch sie blieben nicht von der „Argu“ verschont. Telefonisch oder per schriftlicher Mitteilung wurden die „Empfehlungen“ an sie weitergeleitet.<sup>49</sup> Ulrich Bürger, alias Ulrich Ginolas, der zu dieser Zeit stellvertretender Pressereferent des Nationalrats der Nationalen Front war, schaffte es trotzdem, stenographische Mitschriften anzufertigen.<sup>50</sup> Sein viel zitiertes Buch „Das sagen wir natürlich so nicht“ ermöglicht interessante Einblicke in einen wesentlichen Mechanismus der Medienkontrolle der DDR. Die Presseanweisungen erfolgten stets nur in einer Richtung: Von Oben nach Unten. So bestimmte Honnecker persönlich zum Teil wortwörtlich, Inhalt sowie Form wichtiger Artikel.<sup>51</sup> Herrmann, der als Leiter von der Abteilung Agitation und Propaganda über Geggel stand, gab die Anweisungen an ihn weiter.<sup>52</sup> Geggel wies die Pressevertreter an und die bestimmten wiederum die Tagesordnung in den Redaktionen.

Greifen wir das Beispiel von oben noch einmal auf. Im Spätsommer konnte auch Heinz Geggel die innenpolitischen Probleme im Land nicht mehr ignorieren. Bezüglich des 40. Jahrestags der DDR machte er am 14.09. der Presse unmissverständlich klar:

---

<sup>46</sup> Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben. Journalistenbiographien und Medienstrukturen zu DDR-Zeiten und danach, Opladen 1999, S. 88.

<sup>47</sup> Vgl. Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert, S. 291.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 294ff.

<sup>49</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 27.

<sup>50</sup> Vgl. Bürger, Ulrich: Das sagen wir natürlich so nicht. Donnerstag-Argus bei Herrn Geggel, Berlin 1990; Vgl. Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert, S. 292.

<sup>51</sup> Vgl. Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben, S. 88.

<sup>52</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln [u.a.] 1999, S. 590.

„Unser Thema ist der 40. JT. [Jahrestag]! – wir lassen uns keine anderen Themen aufzwingen! [...] Gerade jetzt Einheit und Geschlossenheit der Partei zeigen. Heute ist das ein Krieg der beiden Systeme – ohne daß ein Schuss fällt. Arbeiter und Bauern würdigen, die zu ihrem Staat stehen: mit Wort und Tat – mit Leistungen. Wir rennen den Abgehauenen nicht mit Artikeln hinterher.“<sup>53</sup>

Zwei Wochen später geht er auf die Demonstranten ein und macht der Presse noch einmal klar, dass den Demonstranten kein Platz eingeräumt werden soll, es sei denn, um sie als Staatsfeinde zu verurteilen:

„Keine Plattform [für Opposition] in unseren Medien! Dagegen auftreten! Die Menschen, die da wackeln, überzeugen, daß sie das Spiel des Feindes machen!“<sup>54</sup>

Bis zum Ende der „Empfehlungen“ hielten sich die Zeitungen linientreu an die Deutungsweise. Zum 40. Jahrestag wurde die DDR in allen Zeitungen noch einmal groß gefeiert. Demonstranten bekamen lediglich Platz als „Rowdys“ eingeräumt.<sup>55</sup>

Im Kapitel III sollen die hier beschriebenen Machtmittel der ZK-Abteilung zur Presselenkung wieder aufgegriffen werden und daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen die Taktik der Tabuisierung und Konstruktion von Feinbildern in der Presse auf die „Friedliche Revolution“ hatte. Dabei muss die Frage gestellt werden, ob die Berichterstattung erst recht das Vertrauen der Bevölkerung zerstörte und Menschen und unfreiwillig Menschen zum demonstrieren bewegte. Im Folgenden sollen die Presselenkungsmechanismen weiter dargestellt werden.

Von den Blockparteizeitungen waren bei der „Argu“ keine Vertreter anwesend. Ermöglichte das für diese Zeitungen größere Freiräume als für die SED-Presse? Nein, denn die Blockparteizeitungen wurden indirekt auch von den ZK-Abteilungen für Agitation und Propaganda angeleitet. Das Presseamt war für die Blockparteizeitungen zuständig. Dies war in der Praxis eine Zwischeninstanz von ZK und der Blockpartei-presse. Auch die bekam am Donnerstag ihre eigene „Argu“, nachdem Geggel die SED-Presse instruiert hatte.<sup>56</sup> Der Leiter des Presseamts, Kurt Blecha, war bei jeder „Argu“

<sup>53</sup> Bürger, Ulrich: Das sagen wir natürlich so nicht, S. 219.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 227.

<sup>55</sup> So stand beispielsweise in der Sächsischen Zeitung, dem Organ des Bezirks Dresden, zum 40. Jahrestag in einer kleinen Kellermeldung: „Leider kam es am Wochenende in Dresden auch zu Zusammenrottungen größerer Gruppen, die mit rowdyhaften und verfassungswidrigen Aktionen die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten.“ Sächsische Zeitung vom 9. Oktober 1989, S. 1. Auf Seite acht wird den Ausschreitungen am Hauptbahnhof eine ganze Seite eingeräumt, um sie einstimmig zu verurteilen. Dabei wird auch die Rolle westlicher Medien angesprochen: „Es ist offensichtlich, [...] daß zahlreiche Personen durch die ständige Hetze westlicher Medien zu aggressiven, antisozialistischen Handlungen inspiriert wurden.“ Ebenda S. 8.

<sup>56</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Schärfste Waffe der Partei., S. 23.

für die SED-Presse anwesend und leitete die Befehle danach an Vertreter der Berliner Blockparteizeitungen weiter.<sup>57</sup>

Verstöße gegen die „Empfehlungen“, auch wenn es sich nur um Druckfehler handelte, hatten persönliche Gespräche mit Blecha und Disziplinarmaßnahmen zur Folge.<sup>58</sup> Daneben konnte das Presseamt auf eine breite Palette von Kompetenzen zurückgreifen, wie die Kontingentierung von Papier, Druckfarben und Druckkapazitäten.<sup>59</sup> Darüber hinaus koordinierte es die staatliche Öffentlichkeitsarbeit, wertete die Nachrichten westlicher Medien aus und kontrollierte den Import westlicher Presse.

Im SHS Dresden ist eine Mitteilung des Politbüros an die Bezirksleitung erhalten, die gut verdeutlicht, über welche Machtinstrumente das Presseamt verfügte. Ein Beschluss des Politbüros des ZK vom 18. 10. 1988 bezieht sich auf ein Gespräch von Blecha mit dem Landesbischof Dr. Werner Leich:

„1. Das Presseamt der Regierung der DDR trifft alle Maßnahmen, damit bei Verletzung der Hinweise die Lizenz für die betreffende Zeitung entzogen wird. 2. Das Gespräch ist durch die Räte der Bezirke auszuwerten. Es ist zu sichern, daß in Fragen der kirchlichen Pressearbeit die Gesetze der DDR eingehalten werden. Verantwortlich: Genosse W. Stoph, Genosse E. Krenz (ZK der SED, Politbüro)“<sup>60</sup>

Aus der Quelle geht nicht hervor, worüber Blecha und Landesbischof Leich konkret gesprochen hatten, doch sie verdeutlicht, dass Publikationen der Kirche nur so lange zugelassen wurden, wie sie den Vorgaben der SED entsprachen. Leich wurde in dem Gespräch offenbar klar gemacht, dass bei Verstößen die Presselizenz umgehend entzogen wird. Das deckt sich mit den Erkenntnissen von Holzweißig.<sup>61</sup> Da die Kirchenpresse in den 80er Jahren immer wieder Themen ansprach, die in der restlichen Presse ausgespart blieben, darunter Reisefreiheit und Abschaffung des Wehrunterrichts, stand sie unter strenger Beobachtung des Presseamts.<sup>62</sup> Die Gespräche zwischen Presseamt und den Vertretern der Kirchenpresse oder Blockparteizeitungen wurden oft zur Chef-

<sup>57</sup> Kurt Blecha, ein „brauner Kommunist“, leitete das Presseamt mehr als drei Jahrzehnte. Laut Holzweißig gab es in der SBZ zu wenige Kommunisten, die journalistische Erfahrungen hatten. Deshalb sei es auch in der DDR für langjährige NSDAP-Mitglieder möglich gewesen, im Journalismus Karriere zu machen. Vgl. Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor, S. 132f.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 25.

<sup>59</sup> Vgl. Pürer, Heinz/ Rabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 184f.

<sup>60</sup> SHS Dresden, 11857 SED-Bezirksleitung, Dresden Nr. B/253, 91/88.

<sup>61</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe, S. 142.

<sup>62</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 142; Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, S. 592. Als einzige publizierende Institution der DDR war die Kirche nicht den kaderpolitischen Entscheidungen und inhaltlichen Anweisungen der SED unterworfen, da sie nicht Teil des demokratisch-zentralistischen Staatsaufbaus war. Ausführlicher: Vgl. Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S.199. Der verfassungsmäßig garantierte Freiraum bedeutete jedoch nicht, dass die SED auf die Kirchenpresse keinen Einfluss nahm, wie die Akte deutlich macht.

sache gemacht und von Kurt Blecha persönlich durchgeführt. Holzweißig geht davon aus, dass die Gespräche „inquisitorisch“ geführt wurden.<sup>63</sup> Das Presseamt beließ es nicht bei der Drohung, die Lizenz zu entziehen. So wurden 1988 in der DDR 17 Kirchenzeitungen nicht ausgeliefert und in denen, die erschienen, zahlreiche Änderungen vorgenommen.<sup>64</sup> Die Mitarbeiter des Presseamts durften nur selten eigenverantwortliche Entscheidungen treffen und mussten sich ständig mit dem ZK abstimmen.<sup>65</sup>

## 2. Der Einfluss des MfS auf die Tagespresse

Das MfS teilte die Sichtweise, dass die Medien im Staat ein wesentlicher Bestandteil für die Herrschaftssicherung waren. Kluge erklärt, dass die Staatssicherheit zwei Hauptaufgaben verfolgte: Zum einem die Machterhaltung der SED und zum anderen die Durchsetzung ihrer politischen Ziele.<sup>66</sup> Im Bezug auf den Wirkungsbereich Medien hat das zu bedeuten, dass unerwünschte Öffentlichkeitswirkung von Presseerzeugnissen verhindert werden sollte.<sup>67</sup> Das MfS bediente sich ähnlicher Sicherheitsmechanismen wie die Bezirksleitungen. Es führte auch Kaderkontrollen durch, hatte dabei aber umfassendere Kompetenzen. Da bei den Zeitungen der SED keine ständige Nachzensur erfolgte, mussten insbesondere Journalisten sehr verlässliche Befehlsempfänger und –weiterleiter sein, wirkten sie doch Tag für Tag auf die öffentliche Meinung der Gesellschaft ein. Besonderes Augenmerk richtete die Staatssicherheit auf Reisekader, die mit Personen aus dem „Nichtsozialistischen Ausland“ in Kontakt standen.

Da alle wesentlichen Abläufe zur Entstehung einer Zeitung in der Redaktion zusammenlaufen, spielte sich hier die wichtigste Arbeit des MfS ab. Es sollten Abweichungen von SED-Vorgaben in Redaktionen verhindert werden, bevor sie Schaden anrichten konnten. Kluge bringt die wesentlichen Aufgaben auf den Punkt:

„Die Absicherung des Redaktionsbetriebs blieb auf zwei Hauptziele ausgerichtet: 1) der störungsfreie Redaktionsbetrieb, 2) der unbedingt

<sup>63</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Das Presseamt des DDR-Ministerrats, in: Deutschland Archiv 25, 1992, S. 504f.

<sup>64</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, S. 592. Die Kirchenzeitungen waren die einzigen Presseerzeugnisse, die einer Vorzensur unterworfen waren. Vgl. Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert, S. 265.

<sup>65</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Das Presseamt des DDR-Ministerrats, S. 505, Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 23.

<sup>66</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 39.

<sup>67</sup> Ebenda, S.42.



zuverlässige Kaderbestand. [...] Alle Aktivitäten, die diesen Zielen dienten, bestimmten mehr oder weniger alle Folgemaßnahmen.“<sup>68</sup>

Um diese Aufgaben zu erfüllen, sollten politische Äußerungen und Stimmungen in der Redaktion analysiert, Arbeitsabläufe beobachtet, Arbeit von Kadern, Mitarbeitern und Abteilungen beurteilt und Veränderungen personeller Strukturen erörtert werden. Dies schloss auch die Dokumentation von privaten Gesprächen der Mitarbeiter mit ein.<sup>69</sup>

Dafür wurden Offizielle und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) zugleich eingesetzt. Offizielle Mitarbeiter sollten in dringenden Fällen sofort erreichbar sein. Es waren leitende Mitarbeiter in den Redaktionen, wie Chefredakteure, Parteisekretäre oder Kaderleiter. Dieses Kontaktverhältnis diente dazu, „Feindtätigkeiten“ zu unterbinden und war nicht schriftlich geregelt. Es konnte sporadisch oder regelmäßig stattfinden.<sup>70</sup>

Das MfS verfolgte mit den Inoffiziellen Mitarbeitern die gleichen Ziele wie mit den Offiziellen. Der Unterschied war, dass die Tätigkeiten der IM vor den Redaktionsmitgliedern geheim blieben. Auf diese Weise erhoffte sich das MfS, anbrisantere Informationen über Feindtätigkeiten zu bekommen, die bei der offiziellen Arbeit verborgen bleiben.<sup>71</sup> Deshalb waren die IM für die Staatssicherheit mit Abstand bedeutender. Das MfS bevorzugte leitende Kader auf Schlüsselpositionen für die Tätigkeit, weil diese Einblick in die meisten Bereiche der Redaktion hatten.<sup>72</sup> Bei der Anwerbung von neuen IM rangierte für das MfS Qualität vor Quantität. Wenige zuverlässige IM sollten qualitativ hochwertige Informationen liefern und Anweisungen gehorsam befolgen. IM konnten nur jene Redaktionsmitglieder werden, die den Ansprüchen des MfS genügten.<sup>73</sup> Der Einsatz von IM in Blockparteizeitungen unterschied sich kaum von dem in Bezirkszeitungen.<sup>74</sup>

Das MfS räumte den Medien nicht dieselbe Wichtigkeit wie dem Kulturbereich ein. Wenn die Presse in den Analysen des MfS überhaupt thematisiert wurde, dann nur um darauf hinzuweisen, dass „keine Erkenntnisse über feindliche Pläne und Absichten“

<sup>68</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 52.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 53; Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 38f.; Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, S. 13f. Holzweißig geht auch davon aus, dass von der Redaktion nicht bestellte Leserbriefe an das MfS weitergeleitet wurden. Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 40.

<sup>70</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 55.

<sup>71</sup> Umfassend zu den verschiedenen Kategorien der Inoffiziellen Mitarbeiter: Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, S. 20f.

<sup>72</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 64f.

<sup>73</sup> Ausführlicher zu den Kriterien: Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 68, 73.; Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, S. 19.

<sup>74</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 107f.

vorliegen.<sup>75</sup> Vergleichsweise wenige Mitarbeiter des MfS waren nach den Ergebnissen von Kluge für den „Sicherungsbereich Presse“ vorgesehen. Holzweißig geht von insgesamt 42 hauptamtlichen und ungefähr 350 inoffiziellen Mitarbeitern aus, die sich zuletzt mit der Absicherung journalistischer Tätigkeitsfelder befassten.<sup>76</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass Heghmanns und Heintschel von Heinegg von einem unwesentlichen Einfluss des MfS auf den Inhalt der Lausitzer Rundschau ausgehen.<sup>77</sup> Kluge erklärt den relativ sorglosen Umgang mit der Presse damit, dass anderen Parteiorganen, wie den Bezirksleitungen schon wirkungsvolle Kontrollmechanismen gegenüber der Presse zur Verfügung standen. Außerdem forderte die Arbeit in der Redaktion von den Journalisten hohe Systemkonformität, große Überzeugung von den politischen-ideologischen Grundsätzen der SED und hohe Akzeptanz von Herrschaftsverhältnissen.<sup>78</sup> Diese Faktoren werden im Teil II. 4. 2 genauer betrachtet.

### 3. Zur Rolle des Verbands der Journalisten der DDR (VDJ)

Der VDJ war nicht die wichtigste Organisation, die an der Pressegleichschaltung beteiligt war, aber trotzdem Teil eines Systems, das die meisten Journalisten stets umgab und prägte. Die Mitgliedschaft im Verband war nicht verpflichtend, trotzdem war die große Mehrheit der Journalisten darin organisiert.<sup>79</sup> Bisher gibt es noch keine befriedigenden Forschungsergebnisse, ob es in den Redaktionen ungeschriebenes Gesetz war, Mitglied zu sein oder die Journalisten dies tatsächlich aus freien Stücken waren.<sup>80</sup> Frank Böckelmann und Walter Mahle gehen davon aus, dass der Organisationsgrad wegen den Weiterbildungsangeboten, bei denen auch der Universitätsabschluss nachgeholt werden konnte, so hoch war. Der Abschluss war

---

<sup>75</sup> Ebenda, S. 113.

<sup>76</sup> Holzweißig: Die Schärfste Waffe der Partei, S.36.

<sup>77</sup> Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, S.86.

<sup>78</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S. 114f.

<sup>79</sup> Über 9 000 Mitglieder hatte der Verband zum Ende, mehr als zehn Prozent davon waren bereits im Ruhestand. Allein im Bezirk Dresden waren 600 Männer und Frauen aus den Medienberufen im VDJ organisiert. Unter älteren Journalisten gab es nur wenige, die nicht Mitglied waren, bei jüngeren war es häufiger der Fall. Vgl. Böckelmann, Frank [u.a.]: Arbeitslosigkeit und Berufswechsel, in: Böckelmann, Frank [u.a.] (Hrsg.): Journalismus in den neuen Ländern, S. 42.

<sup>80</sup> In „Journalismus in den neuen Ländern“ wird zwar behauptet, es hätte keine „Quasi-Pflichtmitgliedschaft gegeben“, aber leider nicht nachgewiesen. Vgl. Böckelmann, Frank [u.a.]: Arbeitslosigkeit und Berufswechsel, S. 42, 139.

Bedingung für eine journalistische Karriere, die über die Arbeit in Betriebszeitungen hinausgehen sollte.<sup>81</sup>

Im Wesentlichen hatte der Verband zwei Funktionen: Kontrolle und Integration.<sup>82</sup> Er integrierte durch regelmäßige Mitgliederversammlungen, Solidaritätsaktionen und Weiterbildungen.<sup>83</sup> Der VDJ hatte Einfluss darauf, wer nach Leipzig an die Fachschule für Journalistik, dem zweiten journalistischen Ausbildungsweg der DDR, delegiert wurde. Dafür kamen Mitarbeiter von Betriebszeitungen und Lokalredaktionen in Frage, die nicht an der KMU Journalistik studiert hatten.<sup>84</sup> Zugelassen wurde dabei nur, wer den „richtigen politischen Standpunkt“ vertat.<sup>85</sup> Wer also ohne Studium an der KMU eine journalistische Karriere einschlagen wollte, war zwingend auf eine Mitgliedschaft im VDJ angewiesen. Erst mit einem Abschluss an der Fachschule erhielt man die staatlich geschützte Berufsbezeichnung „Journalist“. Bei den Studenten an der Fachschule handelte es sich vor allem um mittlere Kader. Journalisten für leitende Funktion wählte das ZK für die Parteihochschule „Karl-Marx“ selbst aus.<sup>86</sup>

Die Verbandszeitschrift „Neue Deutsche Presse“ war bis zum November 1989 ausschließlich Sprachrohr des VDJ und trug zur Integration bei. Die Hauptaufgabe des Organs bestand darin, Veranstaltungen, Solidaritätsaktionen und Parteibeschlüssen langfristig anzukündigen und im Nachhinein breit über sie zu berichten. So berichtete die Zeitschrift noch im Oktober auf neun Seiten über die VDJ-Solidaritätsaktion zum 40. Jahrestag der DDR.<sup>87</sup>

---

<sup>81</sup> Ebenda, S. 42. Offensichtlich waren sich die Autoren von „Journalismus in den neuen Ländern“ über die Thematik nicht einig. Anders als Böckelmann und Mahle erklären Mast, Haasis und Weigert im dritten Teil der Studie: „Für Redakteure und angestellte Journalisten und für freie Journalisten hatte eine Mitgliedschaft aber de facto gravierende Nachteile bis hin zu einer Art „Berufsverbot“. Leider geben auch sie keine angemessenen Quellen für diese Einschätzung an. Vgl. Mast, Claudia [u.a.]: Medien und Journalismus im Umbruch. Konzepte und Erfahrungen von Medienunternehmen, Verbänden und Redakteuren in den neuen Bundesländern, in: Böckelmann, Frank [u.a.] (Hrsg.): Journalismus in den neuen Bundesländern, S. 386.

<sup>82</sup> Vgl. Martin, Julia: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), S. 62-66.

<sup>83</sup> Zum Beispiel die VDJ-Solidaritätsaktion zum 40. Jahrestag der DDR in Dresden. Der Vorsitzende des Dresdner Bezirksverbands Schulze musste vor der Bezirksleitung Rechenschaft über den Verlauf der Veranstaltung ablegen und mitteilen, wie viele Menschen gekommen waren und wie viel Geld erwirtschaftet wurde. Vgl. SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 124.

<sup>84</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 33. „Journalist“ konnte sich in der DDR nur nennen, wer das Studium an der KMU oder der Fachschule abgeschlossen hatte. (Siehe auch: II. 4. 2)

<sup>85</sup> Vgl. Martin, Julia: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation, Westkorrespondenten, "Der Schwarze Kanal". Medien in Geschichte und Gegenwart, Band 23, Köln 2007, S. 62.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>87</sup> Vgl. Neue Deutsche Presse, 10/1989, S.1-10.

Trotz der Mitgliederbeiträge erhielt der Verband Staatszuschüsse.<sup>88</sup> Die Bezirksverbände waren für die SED eine weitere Kontrollinstanz, weil der Bezirksvorstand den Zentralvorstand über alle Schwerpunktaufgaben informieren musste.<sup>89</sup> Er legte beim zentralen Verband fristgemäß Rechenschaft über Mitgliederversammlungen, Kaderfragen, Arbeitspläne, Vorstandssitzungen und Probleme ab.<sup>90</sup> So war der Verband immer fest verflochten im Herrschaftsapparat der SED. In allen Bezirken war der Chefredakteur der jeweiligen Bezirkszeitung zugleich der Bezirksvorsitzende des VDJ.<sup>91</sup>

Seiner Kontroll- und Integrationsfunktion blieb der Verband bis zu den medienpolitischen Umwälzungen treu. Der VDJ spielte –wie die Journalisten insgesamt– nur eine passive Rolle bei der Friedlichen Revolution.<sup>92</sup> Zu keiner Zeit war er eine Interessenvertretung seiner Mitglieder, wie auch der Zentralvorstand im Februar 1990 erkannte, als er sich mit seiner Funktion in der Vergangenheit kritisch auseinandersetzte:

„So war das [eine Interessenvertretung] der VDJ nicht und durfte es nach Auffassung der damaligen Partei- und Staatsführung auch nicht sein. Es widersprach dem Führungsanspruch der früheren SED [...] - wir waren eingebunden in Parteien und gesellschaftliche Organisationen, die diesen Führungsanspruch nicht nur stillschweigend akzeptierten, sondern zu verbindlichen Aussagen ihrer Programme und Statuten gemacht hatten.“<sup>93</sup>  
Der VDJ war [...] „ausführendes Organ einer stalinistisch entarteten SED-Führung und speziell der diktatorisch anweisenden Abteilung Agitation des damaligen Zentralkomitees. Bestandteil der stalinistischen Machtstrukturen war es, speziell den VDJ wirklicher Eigenständigkeit zu berauben.“<sup>94</sup>

Die SED wollte nicht dem Zufall überlassen, wem wichtige Positionen im VDJ übertragen wurden. Rein formal sollten auf Bezirksebene die Delegierten über den Bezirksvorstand abstimmen. Im Bezirk Dresden gehörten 1987 bei der Delegiertenkonferenz von den 148 Delegierten 117 der SED an, 25 den Blockparteien und sechs

<sup>88</sup> Vgl. Mast, Claudia [u.a.]: Medien und Journalismus im Umbruch, S. 387.

<sup>89</sup> SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 118/119; Martin, Julia: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), S. 62.

<sup>90</sup> Vgl. Martin, Julia, Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), S. 62; SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 108ff.

<sup>91</sup> Vgl. SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 108; Protokoll der Bezirksdelegiertenkonferenz Dresden am 16. Dezember 1987; Vgl. Mast [u.a.], in: Böckelmann, S. 387

<sup>92</sup> Dies wird schon deutlich, wenn man einen Blick in das Organ „Neue Deutsche Presse“ wirft. Noch im Oktober war dem Verband die Demonstranten oder Themen wie Ausreise keine einzige Zeile wert. Vgl. Neue Deutsche Presse, 10/ 1989.

<sup>93</sup> Neue Deutsche Presse, 3/1990, S.4

<sup>94</sup> SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 130, S.1

waren parteilos. Faktisch kamen sie aber zusammen, um eine vorher bestimmte Kadernomenklaturliste abzunicken.<sup>95</sup> Es wenig verwunderlich, dass wichtige Positionen an führende Journalisten der SED-Presse vergeben wurden. Hannes Schulz, Chefredakteur der SZ, wurde erneut zum Vorsitzenden des Bezirksvorstands wiedergewählt.<sup>96</sup> Diese Personalien wurden vom Zentralvorstand vorgegeben, der wiederum Anweisungen der ZK-Abteilung Agitation ausführte. So bestimmte die SED von vornherein verlässliche Kader für wichtige Positionen. Wie bei den Volkskammerwahlen konnten auch die Delegierten im VDJ nur die vorgegebene Liste abnicken oder dagegen stimmen. Mit großem organisatorischem Aufwand wurde eine Wahl des Bezirksvorstands inszeniert, um den demokratischen Schein zu wahren.<sup>97</sup> Die deutliche SED-Übermacht der Abstimmenden wäre gar nicht nötig gewesen: Denn alle 147 anwesenden Delegierten stimmten für die vorgegebenen Bezirksvorstand. Für die Delegierten muss die Veranstaltung ein Ritual gewesen sein, dass einfach zu ihrem Beruf dazu gehörte. Doch mit einer fairen Wahl hatte es nichts zu tun. Der neue Vorstand setzte sich aus 33 SED- und fünf Blockparteimitgliedern zusammen.<sup>98</sup>

#### 4. Rolle und Selbstverständnis der Journalisten der SED-Bezirkszeitungen

##### 4.1. Hauptfunktion: *Verlautbarungsjournalismus*

Die Arbeit der Journalisten orientierte sich an der marxistisch-leninistischen Pressetheorie, die im Studium an der KMU vermittelt wurde. Die Theorie ging davon aus, dass der Journalist als Agitator und Weiterleiter der aktuellen Beschlüsse der Partei zu funktionieren hatte:<sup>99</sup>

„Der sozialistische Journalismus agitiert täglich und stündlich auf der Grundlage der im kollektiven Standpunkt der Partei zusammengefassten neuesten Erfahrungen der Volksmassen sowie gestützt auf die fortlaufende politische Nachrichtengebung und erstreckt seine Agitation auf die gesell-

<sup>95</sup> SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 108: „Protokoll der Bezirksdelegiertenkonferenz Dresden am 16. Dezember 1987“

<sup>96</sup> Ebenda.

<sup>97</sup> Zu dem Ergebnis kommt auch Holzweißig: Vgl. Holzweißig, Gunter: Schärfste Waffe der Partei, S.47.

<sup>98</sup> SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 108. Zur Vergabe wichtiger VDJ-Positionen: Vgl. auch: Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor, S. 130.

<sup>99</sup> Vgl. Mast, Claudia [u.a.]: Medien und Journalismus im Umbruch, S. 234. In der Pressetheorie Lenins ist die Zeitung [...] nicht nur kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch kollektiver Organisator.“, Lenin, Wladimir I.: Werke, Band 5, Berlin (Ost) 1960, Seite 11.

schaftlich bedeutsamen Erscheinungen und Aufgaben aller Lebensbereiche.“<sup>100</sup>

Dass die Agitation der Volksmassen täglich Brot eines jeden Journalisten war, ist also keineswegs ein Geheimnis gewesen. Spätestens in den ersten Semestern des Studiums wusste jeder Student, dass die zukünftige journalistische Tätigkeit sich gänzlich an den „Prinzipien der sozialistischen Journalistik“ auszurichten hatte. Zu diesen Grundsätzen gehörte auch „Parteilichkeit“ für die SED. Deshalb war es nur Konsequent, dass die Journalisten eng mit der Partei in Verbindung standen und wichtige Positionen im Herrschaftssystem der SED innehatten. Insbesondere Journalisten an der Spitze der Redaktion hatten Mitglieder der Einheitspartei zu sein.<sup>101</sup>

Hauptfunktion der Journalisten war die mediale Konstruktion einer sozialistischen Realität, der Schaffung eines Medienmonopols mit einem marxistisch-leninistischen Weltbild. Dies hatten sie täglich zu produzieren und unter den Volksmassen zu verbreiten. In der Praxis bedeutete das zumeist: Nach den Anweisungen des ZK die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für wichtige Termine herzustellen, die Massen dafür zu mobilisieren und anzuleiten.<sup>102</sup> Lange vor jeder Großveranstaltung sollte die Presse die Bevölkerung auf Termine aufmerksam machen, kurz vorher erinnern, dabei sein wenn sie stattfindet und im Nachhinein auswerten.

„Der Journalismus trägt dazu bei, das praktische Handeln der Werktätigen zu koordinieren, die dafür erforderlichen Beziehungen zwischen ihnen herzustellen sowie die zweckmäßigsten Methoden des Klassenkampfes bzw. des sozialistischen Aufbaus zu ermitteln und zu verbreiten.“<sup>103</sup>

Am Ende einer Mitteilung des ZKs an die Bezirksleitungen zu einem Termin oder Beschluss stand meist die Anordnung, dass in den Medien der DDR darüber zu berichten sei. Zum Teil wurden dabei Schwerpunkte und Datum der Veröffentlichung festgelegt. Bei allen wichtigen sozialistischen Feiertagen, Gedenktagen oder Großveranstaltungen wurde die BL für die Berichterstattung instruiert.<sup>104</sup> Was die SED

<sup>100</sup> Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik: Wörterbuch der Sozialistischen Journalistik, S.71.

<sup>101</sup> Ausführlicher dazu: Vgl. Mosebach, Bernd: Alles bewältigt? Ehemalige Journalisten der DDR arbeiten ihre Vergangenheit auf, Frankfurt am Main [u.a.] 1996, S. 31f, S. 35.

<sup>102</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 27.

<sup>103</sup> Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik: Wörterbuch der Sozialistischen Journalistik, S. 72f.

<sup>104</sup> Beispielsweise bekam die Bezirksleitung Dresden am 11.7.1988 vom ZK ein Schreiben, dass den 43. Jahrestag der US-amerikanischen Atombombenabwürfe ankündigt. Punkt 3 ordnet an: „In den Medien der DDR und der Auslandsinformation ist über die Veranstaltung zu berichten.“ SHS Dresden, 11857 SED-Bezirksleitung, Dresden, NR. B 252, 71/88.

Dies war dazu mit Sicherheit nicht die einzige Direktive. Innerhalb von einer Woche (zwischen dem 3. und 10. August) erschienen in der SZ neun Artikel zum Jahrestag des Bombenabwurfs, sechs davon auf Titelseiten. Vgl. SZ vom 3. 8. 1988, S. 1; Vgl. SZ vom 5. 8. 1988, S. 1; Vgl. SZ vom 6./7. 8. 1988, S. 1; SZ vom 9.8. 1988, S.1, 6; SZ vom 10. 8. 1989, S.6.

als wichtig definierte, sollte so groß und breit zum Thema gemacht werden, damit die Botschaft auch wirklich bei jedem Leser ankam. So war der Terminkalender der Journalisten immer langfristig gefüllt mit Veranstaltungen wie dem Weltfriedenstag, der „Woche der Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungskampf der Völker Lateinamerikas“, dem „Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschistischen Terrors“, der Wahl der Pionerräte und Leitungen der FDJ an den Schulen oder dem „antifaschistischen Jugendmarsch,“ um nur einige Beispiele aus dem Monat September zu nennen.<sup>105</sup> Die Journalisten wussten dank der Arbeitspläne, die das ZK ausarbeitete, schon Monate vorher, was in der Zukunft Thema sein würde.<sup>106</sup>

Die Zeitungen waren nach festen Sprachformeln und engen formalen Vorgaben aufgebaut.<sup>107</sup> Die langen Titel der Funktionäre mussten in einer Nachricht beim ersten Mal immer ausgeschrieben werden. Der „Sozialistische Journalismus“ hatte den Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Deshalb war die Sprache von zahlreichen Fachbegriffen geprägt.<sup>108</sup> Hans-Ulrich Conrad, der im Zuge des medienpolitischen Wandels im November 1989 Chefredakteur der Märkischen Allgemeine wurde, bringt es auf den Punkt:

„Wir hatten eine Sprache, die durch Parteideutsch geprägt war. [...] In der Praxis wurde das [Die Parteibeschlüsse] durchgedrückt, von Funktionären in bornierter Sprache durchgedrückt. Texte wurden hin und her geschoben, bis es klappte. Bis in die kleinsten Formulierungen gingen diese Einmischungen.“<sup>109</sup>

Die umfangreichen inhaltlichen und formalen Vorgaben und Einmischungen aus den Agitationsabteilungen schränkten damit den Gestaltungsspielraum stark ein und ließen kaum Eigeninitiative zu. Nicht zuletzt deshalb war die Berichterstattung in den Zeitungen sehr einseitig.

Die „Wasserträger“, „Willfähigen Propagandisten“ oder „Weiterleiter“, wie die SED-Journalisten zutreffend in der Forschungsliteratur bezeichnet werden, waren in der Gesellschaft nicht sonderlich geachtet, weder bei den Lesern, noch bei höheren

---

<sup>105</sup> 11857 SED-Bezirksleitung-Dresden Nr. B/260, 62/89, Seite 21, Arbeitsplan des Zentralkomitees der SED für das 2. Halbjahr 1989.

<sup>106</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>107</sup> Ausführlich zu den festen Sprachformeln und Sprachtabus: Vgl. Holtermann, Angelika: Das Geteilte Leben, S. 94-100. Zum Beispiel war ein „Fundament“ immer „unerschütterlich“, eine „Veränderung“ „tiefgreifend“ und ein „Beschluss“ „weitreichend“. Manche –heute harmlos anmutende- Begriffe sollten hingegen aus der Berichterstattung verbannt. So zum Beispiel „Staatszirkus“, weil man offenbar Angst vor Witzen über den Staat hatte. Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 54, Anmerkung 103.

<sup>108</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 36f.

<sup>109</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden, S. 38.

Parteifunktionären, da ihre Weiterleitungsfunktion bekannt war.<sup>110</sup> Dafür waren viele SED-Journalisten materiell Privilegierte der DDR-Gesellschaft. Wer beim ND als Redakteur arbeitete, konnte 2 500 Mark im Monat verdienen. Bei den Blockpartei-zeitungen war die Bezahlung deutlich schlechter. Von vielen ehemaligen DDR-Journalisten wird die Möglichkeit als Reisekader in das „Nichtsozialistische Ausland“ zu verreisen, als wichtiger angesehen.<sup>111</sup>

#### 4.2 *Vorauselender Gehorsam: „Die Schere im Kopf“*

Ohne Selbstzensur wäre die reibungslos funktionierende Presselenkung in der DDR nicht möglich gewesen.<sup>112</sup> Roland Reck schreibt in seiner Dissertation, dass keiner der Journalisten, die er befragte, Selbstzensur abstritt.<sup>113</sup> Die Äußerungen von Christel Richter von der Märkischen Allgemeine im Interview mit Renate Schubert passen in dieses Bild: „Man hat sich einer Selbstzensur auferlegt. Lieber hat man sich selbst gestrichen, ehe einem das geschriebene zusammengestrichen wurde.“<sup>114</sup> Pannen hat das Dilemma der DDR-Journalisten sehr zutreffend analysiert. Den Journalisten waren die Missstände im Land durchaus bewusst. Der in den vorangegangenen Kapiteln beschriebene Apparat der Pressegleichschaltung ließ es aber nicht zu, offen darüber zu berichten. Da sich die Leser darüber im Klaren waren, dass über Missstände nicht berichtet wurde, sprachen diese grundlegende Probleme erst gar nicht an, wenn sie interviewt wurden.<sup>115</sup> Dies klingt wie ein Widerspruch. Denn wie konnten die Journalisten von Missständen wissen, wenn ihnen keiner davon erzählte und alle ihre Betriebe in einem möglichst positiven Licht darstellten? Auch wenn sie bei der Recherche oft beschönigende Auskünfte erhielten, kamen die Journalisten häufig genug in die Gelegenheit, die wahre Stimmung im Lande zu erkennen.<sup>116</sup> Hin und wieder wurden doch einmal Probleme angesprochen und die mussten sie überhören, weil sie sich bewusst waren, dass sie die nicht publik machen durften. Diese zwei Sprachen, die offizielle und die inoffizielle Öffentlichkeit haben zur gestörten Kommunikation zwischen Staatsführung und Gesellschaft maßgeblich beigetragen und dazu geführt,

<sup>110</sup> Einen höheren Sozialstatus hatten Journalisten bei unpolitischen Blättern. Vgl. Reck, Roland, Wasserträger, S. 158.

<sup>111</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 47.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 38f; Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 211ff.

<sup>113</sup> Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 211.

<sup>114</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 47.

<sup>115</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 44.

<sup>116</sup> Vgl. Reck, Roland, Wasserträger des Regimes, S.266f.



dass die Berichterstattung über Wirtschaft und Politik in teilen der Gesellschaft nicht mehr ernst genommen wurde.

Warum funktionierte die Selbstzensur so reibungslos? - Dafür gibt es ein ganzes Bündel von Ursachen. Erstens wirkte das MfS auf die Redaktionen ein. Neben den Inoffiziellen Mitarbeitern hatten offizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit ihre Büros in den Redaktionen, von denen jeder wusste. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls Roland Reck, der in seiner Dissertation zahlreiche Interviews mit Redakteuren der Wochenpost geführt hat.

„Die Staatssicherheit war für die JournalistInnen eine alltägliche Selbstverständlichkeit, deren offizielle Seite, zu der auch Auslandsspionage gehörte, allgemein akzeptiert wurde. [...] Aber in der Redaktion waren sich auch alle einig darüber, daß es mehrere informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Redaktion gab und daß Telefone abgehört wurden.“<sup>117</sup>

Es wäre aber falsch, die Selbstzensur auf Stasiaktivitäten herunter zu brechen. Zweitens ist es auch eine psychologische Frage: Jeder, der einmal journalistisch gearbeitet hat, weiß, dass es das Selbstwertgefühl kränkt, wenn der selbst recherchierte und verfasste Text gravierend verändert wird. Reck nimmt an, dass mit Hilfe der Selbstzensur diese Kränkung vermieden wurde.<sup>118</sup> Drittens spielten Funktionäre, vor Allem Chefredakteure, eine wesentliche Rolle. Hielten sie sich nicht linientreu an die Anweisungen der Agitationsabteilung, riskierten sie ihre Position. Sie mussten den Redakteuren klar machen, was in die Zeitung gehört und was nicht. Spätestens wenn ein Redakteur zum dritten Mal einen Artikel vom Chefredakteur zur Überarbeitung zurückbekommen hatte, weil er nicht linientreu genug war, hatte er sich mit Sicherheit eingeprägt, dass er sich die Arbeit das nächste Mal sparen kann, wenn er keine kritischen Themen mehr anspricht.<sup>119</sup> Eine Folge davon war, dass die Journalisten fest verinnerlicht hatten, den Anweisungen von ranghöheren zu gehorchen und keine Fragen zu stellen.<sup>120</sup>

Des Weiteren waren die Journalisten der DDR im erheblichen Ausmaß von der einheitlichen Sozialisation im Studium geprägt. Alle journalistischen Kader durchliefen die gleiche zentral gesteuerte Ausbildung an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU). Dieser wichtige Sozialisationseinfluss der Journalisten ist nicht zu unterschätzen. Denn im Vergleich zu anderen Studiengängen nahm die politisch-ideologische Schulung im

---

<sup>117</sup> Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 58f.

<sup>118</sup> Vgl. Ebenda, S. 207.

<sup>119</sup> Ausführlicher: Vgl. Ebenda, S. 177ff.

<sup>120</sup> Vgl. Ebenda, S. 206f.

Journalistikstudium einen großen Stellenwert ein.<sup>121</sup> Von vornherein wurde den an-  
gehenden Journalisten an der KMU klar gemacht, sie seien „Diener der Partei“:

Der Journalist ist ein „[...] Funktionär der Partei der Arbeiterklasse, [...] und der sozialistischen Staatsmacht, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt. [...] Seine gesamte Tätigkeit wird grundlegend vom Programm und den Beschlüssen der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse sowie durch die Verfassung des sozialistischen Staates bestimmt. Durch Wort und Bild nimmt er zielgerichtet auf die Herausbildung, Entwicklung und Festigung des Sozialistischen Bewusstseins des Volkes Einfluß.“<sup>122</sup>

Nach dem Studium überließ die SED ihren „Funktionären“ nicht die freie Wahl, bei welcher Zeitung sie arbeiten wollten. In aller Regel wurden die diplomierten Journalisten nach dem Studium wieder in die Redaktion ihrer Heimat zurückgeschickt, in der sie zuvor ein Volontariat absolviert hatten.<sup>123</sup>

#### *4.3. Die Bezirkszeitungen und ihre Leser*

Warum wurden die Organe der SED-Bezirksleitungen trotzdem so viel gelesen oder zumindest abonniert, wenn stets dieselben Sprachfloskeln gebraucht wurden und nie wirklich brennende gesellschaftliche Fragen angesprochen wurden? Eine Antwort darauf kann das Schreiben „Information über die Versorgung mit Presseerzeugnissen“ vom 14. 01. 1988, der Unterschrift zufolge vom 1. Sekretär der Bezirksleitung Leipzig, Horst Schumann, verfasst, geben. Es macht darauf aufmerksam, dass rund 1 600 Anträgen auf ein Abonnement der Bezirkszeitung LVZ nicht nachgekommen werden kann und deshalb Unmut in der Bevölkerung herrscht:

„Junge Leute z.B., die mit Freude eine Wohnung im Rahmen des Wohnungsbauprogramms erhielten, betrachteten die Ablehnung eines Abo für die Bezirkszeitung der Partei als politisch unglaublich. [...] Vor allem Genossen verstehen nicht, daß an Stelle der Bezirkszeitung der SED solche anderer Parteien angeboten werden. Z.B. schreibt der Parteigruppenorganisator, Gen. H. E[...]: ‘Im Zusammenhang mit meinem Wohnungswechsel nach Leipzig wollte ich die Leipziger Volkszeitung abonnieren. Zu meinem Erstaunen wurde mir im zuständigen Postamt mitgeteilt, daß mein LVZ-Abonnement nicht angenommen werden kann. Jedoch könnte ich die

<sup>121</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, S. 43ff.

<sup>122</sup> Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik: Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, S. 111.

<sup>123</sup> Das Volontariat war Bedingung, um zum Journalistikstudium nach Leipzig delegiert zu werden. So hatten alle Studenten bereits Praxiserfahrung und mussten oftmals feststellen, dass die idealisierende Lehre an der KMU wenig mit dem Redaktionsalltag gemein hatte. Ausführlicher: Vgl. Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor, S. 128f. Bei herausragenden Studenten entschied die Einsatzkommission der ZK-Abteilung Agitation über den künftigen Arbeitsplatz. Vgl. Ebenda, S. 128f.

Tageszeitungen der Blockparteien beziehen. Als Parteigruppenorganisator bin ich aber am Bezug des Bezirksorgan unserer Partei interessiert.<sup>124</sup>

Der Parteigruppenorganisator H.E.<sup>125</sup> sieht es offensichtlich als skandalös an, dass er nicht das angeforderte Abonnement der SED-Bezirkszeitung erhalten kann. Offenbar war es für SED-Mitglieder, die in Hierarchien der Massenorganisationen aufsteigen wollten, eine Selbstverständlichkeit, SED-Parteizeitungen lesen. Michael Meyen kommt bei Tiefeninterviews ehemaliger DDR-Bürger zur Mediennutzung zu dem Ergebnis, dass die Zeitung für alle von Nutzen war, die wie der Parteigruppenorganisator irgendwann eine Schulung leiten mussten.<sup>126</sup> Dass ein Abonnement u.a. für angehende Kader eine Selbstverständlichkeit war, erklärt aber noch nicht die hohe Zeitungsdichte, von der westdeutsche Verlage heute noch profitieren.<sup>127</sup> Michael Meyen kommt zu dem Ergebnis, dass die Zeitungen zum großen Teil zur Unterhaltung genutzt wurden. Das Bedürfnis nach Gerichtsberichten, Anzeigen und Lokalberichterstattung sei auch in der DDR groß gewesen. Daneben gab es für den lokal interessierten Bürger es keine Alternative zu den Bezirkszeitungen, auch wenn der Umfang der Lokalberichterstattung mit einer Seite am Tag gering war.<sup>128</sup> Die Bezirkszeitungen sollten im Gegensatz zum ND alle Bevölkerungsgruppen ansprechen. So steht es auch im „Wörterbuch der sozialistischen Journalistik“ von 1981:

„Ihrer Funktion als Massenzeitung muß jede Bezirkszeitung ihren Inhalt so differenzieren, daß er sowohl den Mitgliedern der SED und anderen fortgeschrittenen Werktätigen die richtige Orientierung [...] ermöglicht, als auch den Kenntnis- und Bewusstseinsstand der anderen Leser berücksichtigt. Die SED-Bezirkszeitungen sind die einzigen journalistischen Organe, die in diesem Ausmaß und in dieser Einheit der Befriedung von

<sup>124</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-BL-Leipzig Nr. 41, Information über die Versorgung mit Presseerzeugnissen, S.1f. H. E. konnte wegen Papiermangel kein Abonnement erhalten. Deshalb veranlasste die SED Auflagenbeschränkungen, so genannte „Sperrzeichen“. Die letzte „Sperrzeichenwelle“, von der auch der H.E. betroffen war, begann im September 1987. Im Februar 1989 wurden Konzepte vorgelegt, auf welche Weise der Umfang der LVZ reduziert werden müsste, um das Problem in den Griff zu bekommen. Vgl. Reichert, Steffen: Transformationsprozesse, S. 25.

<sup>125</sup> Wegen personenbezogenen Schutzfristen der Akten dürfen die vollen Namen an dieser Stelle und im Folgenden nicht ausgeschrieben werden.

<sup>126</sup> Vgl. Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003, S. 112f.

<sup>127</sup> Rein rechnerisch kam auf zwei DDR-Bürger eine Zeitung. In der BRD war dieses Verhältnis 3:1. Vgl. Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 189. Vgl. Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, S. 10. Das Monatsabo einer SED-Bezirkszeitung kostete 3,15 Mark. Über 36 Prozent der Gesamtkosten der Tageszeitungen wurden subventioniert. Vgl. Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 195.

<sup>128</sup> Vgl. Kluge, Ulrich [u.a.]: Willfähige Propagandisten, S.19f. Die Lokalberichterstattung war bei den Blockparteizeitungen nur schwach ausgeprägt. Vgl. Pürer, Heinz/Raabe, Johannes. Presse in Deutschland, S. 192.

Informationsbedürfnissen auf der Ebene des Lokalen, des Regionalen, der DDR und des Weltgeschehens dienen.<sup>129</sup>

Da der Zeitschriftenbedarf nicht gedeckt werden konnte, wurden ersatzweise die Bezirkszeitungen als Medium zur Zerstreuung genutzt.<sup>130</sup> Neben den vielen politisch-ideologisch-geprägten Seiten fanden die Leser auch unterhaltende Themen in den Zeitungen, wie Kleinanzeigen, Rätsel oder Sportberichterstattung. Viele Leser entwickelten eine Sammelleidenschaft und haben ganze „Bibliotheken“ zu Sport-, Technik- oder Kulturartikeln angelegt.<sup>131</sup>

---

<sup>129</sup> Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik: Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, S. 32f.

<sup>130</sup> Beispielsweise gab es 1985 von der Frauenzeitschrift „Für Dich“ 16 000 Bestellungen, die nicht realisiert werden konnten. Vgl. Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland, S. 111.

<sup>131</sup> Vgl. Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland, S. 113.

### III Das Ende der Pressegleichschaltung

#### 1. Der medienpolitische Umbruch und die „Friedliche Revolution“

##### *1.1 Zur Diskrepanz zwischen Realität und Berichterstattung*

An dieser Stelle wird die Berichterstattung über die ersten Demonstrationen der DDR wieder aufgegriffen. Demonstranten, die in den Medien entweder gar nicht oder als „Staatsfeinde“ auftauchten, sollten bald diejenigen sein, die die Politik in der DDR und damit auch die Arbeitsweise der Journalisten maßgeblich beeinflussten. Deshalb ist der Wandel der Tagespresse nicht ohne die Ereignisse der „Friedlichen Revolution“ zu verstehen.<sup>132</sup> Im Folgenden soll die Wechselwirkung der Revolution mit dem Medienwandel beschrieben werden. Es kann nicht Aufgabe der Arbeit sein, im Detail auf die Demonstrationen und ihre Ursachen einzugehen.<sup>133</sup>

Journalisten trieben die „Friedliche Revolution“ zu keiner Zeit aktiv voran, sondern hatten als Agitatoren der SED die Aufgabe, medial dagegen vorzugehen und alles zu verhindern, was die Führungsrolle der SED gefährden konnte. Durch gezieltes Verschweigen von Problemen, der Stigmatisierung von Kritikern als „Staatsfeinde“ und Desinformation versuchten sie bis zuletzt, den Prozess aufzuhalten. Leserbriefe an die Redaktionen, die in den Zeitungen nicht abgedruckt werden durften, aber heute einsehbar sind, deuten darauf hin, dass die Berichterstattung genau das Gegenteil bezweckte und die Lage weiter verschärfte.<sup>134</sup> Haben die Journalisten mit ihrer Arbeit unfreiwillig die Menschen erstrecht auf die Straße getrieben? Dazu passt auch, dass Geggel bei der „Argu“ die Medienvertreter am 19.10. aufforderte, die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung aufzuheben.<sup>135</sup> Denn das Vertrauen der DDR-Bürger muss stark darunter gelitten haben, dass ihr Staat unfähig war, offen auf Forderungen einer immer größer werdenden Gruppe zu reagieren.<sup>136</sup> Auch Karsten Timmer glaubt, dass die SED zu einem zentralen Akteur der Herbstereignisse wurde, gerade weil sie bis Oktober dogmatisch das Bild einer „heilen Welt“ in ihren Medien verbreitete:

<sup>132</sup> Vgl. Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 211.

<sup>133</sup> Ausführlich zur Friedlichen Revolution und ihren Ursachen: Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch; Vgl. Richter, Michael [u.a.]: Die Gruppe der 20.

<sup>134</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 105.

<sup>135</sup> Vgl. Bürger, Ulrich: Das sagen wir so natürlich nicht, S. 227.

<sup>136</sup> Vgl. dazu auch: Holterman, Angelika: Das geteilte Leben, S.111.

„Die Diskrepanz der Berichte zu den tatsächlichen Vorgängen und zum Selbstverständnis der DDR war so eklatant, dass viele Bürger nicht mehr bereit waren, diesen Widerspruch stillschweigend hinzunehmen.“<sup>137</sup>

Zehn Jahre vor Timmers Analyse schätzte das Organ des VDJ, „Neue Deutsche Presse“ dies erstaunlich ähnlich ein:

„Die fatale Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und dem verordneten Verschweigen und Verzerren der Tatbestände in den Medien war eine der auslösenden Faktoren für die Volksbewegung im Herbst 1989 in der DDR [...].“<sup>138</sup>

Da viele DDR-Bürger Zugang zu den Medien der Bundesrepublik hatten, verfügte die SED Ende der 80er Jahre längst nicht mehr vollständig über das Medienmonopol im eigenen Land.<sup>139</sup> Auch wenn sie diesen nicht uneingeschränkt vertrauten, muss ihnen besonders bei den einschneidenden Ereignissen von 1989 eine extreme Diskrepanz aufgefallen sein, die nicht nur an Propaganda des „Nichtsozialistischen Auslands“ gelegen haben konnte. Timmer geht davon aus, dass spätestens die Berichterstattung über das blutige Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 in Peking den Bürgern das Gefühl vermittelt hat, dass bei den eigenen Medien etwas faul sein muss. Davon zeugen viele wütende Leserbriefe an die Redaktionen.<sup>140</sup>

Dass die Medien der DDR bis zum 10. August die Ausreisewellen einfach ausblendeten, muss ebenso stark das Vertrauen der DDR-Bürger verletzt haben. Denn zu dieser Zeit hatte sich die Ausreisebewegung längst zu einem Massenphänomen entwickelt und war in aller Munde. Als sie im August erstmals in den Medien thematisiert wurde, bekamen die Menschen in der DDR nichts als Beschimpfungen über ihre flüchtenden Mitbürger zu lesen. Berühmtheit erlangte folgende ADN-Meldung über die Ausreisenden: „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“<sup>141</sup> Sie wurde in allen wichtigen DDR-Medien abgedruckt. Dieser Angriff auf die Ausreisenden soll von Honnecker persönlich stammen. Er bezieht sich auf die Nacht des 30. September 1989, in der Sonderzüge die Besetzer der

<sup>137</sup> Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 107.

<sup>138</sup> Neue Deutsche Presse, 2/1990, S.2.

<sup>139</sup> Wenn im Folgenden Trotzdem von „Meinungsmonopol“ die Rede ist, dann bezieht sich das auf die Berichterstattung von DDR-Medien.

<sup>140</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 105.

<sup>141</sup> Neues Deutschland vom 02.10.1989, Seite 2.

Prager Botschaft in die Bundesrepublik brachten. Schon elf Tage später, als die SED Dialog in Aussicht stellte, wurde der Satz wieder zurückgenommen.<sup>142</sup>

Alt eingesessene Deutungsmuster bei der DDR-Führung machten eine Auseinandersetzung mit Opposition und Kritik unmöglich. Timmer hat sehr zutreffend beschrieben, dass jegliche Kritik vom Politbüro als sozialismusfeindlich gedeutet wurde. Oppositionelle wurden damit zu Verführten oder Fremdgesteuerten des Imperialismus. Denn angesichts des unerschütterlichen Glaubens an die Einheit der sozialistischen Gesellschaft, schlussfolgerten die Spitzenfunktionäre, dass Opposition nicht vom Sozialismus hervorgebracht, sondern nur fremd gesteuert sein konnte. So hat auch Schabowski die Stimmungslage im Politbüro in Erinnerung.<sup>143</sup> Mit Hilfe der Journalisten wurde diese Deutungsweise zum Meinungsmonopol in der DDR-Presse. Die Presse sollte sich durch ihre Berichterstattung gegen den Klassenfeind wehren, indem sie die Demonstranten als imperialistische Feinde entlarvt. So machte Geggel bei der „Argu“ am 14. September 1989 den Medienvertretern klar: „Gerade jetzt Einheit und Geschlossenheit der Partei zeigen. Heute ist das ein Krieg der beiden Systeme – ohne daß ein Schuss fällt.“<sup>144</sup> Diese starren ideologischen Deutungsmuster der Staatsführung trugen zur Fehleinschätzung der politischen Situation im September und Oktober 1989 bei.

Im Folgenden soll die Perspektive der Zeitungsleser auf die SED-Medienpolitik und die starren Deutungsmuster zur Zeit der „Friedlichen Revolution“ einbezogen werden. Nicht alle Institutionen des Staates teilten die Einschätzung der Funktionäre an der Spitze des Staates und zeigten das auch öffentlich. Beispielsweise schickte die Sächsische Akademie der Wissenschaften bereits am 5. Oktober 1989 einen Brief an das ZK der SED und u.a. an die BL Leipzig.<sup>145</sup> Das Schreiben, in dem der Imperialismus linientreu als „menschenfeindlich“ bezeichnet wird, spricht Missstände bei der Berichterstattung ungewohnt offen an:

„Täglich sehen wir auf Schritt und Tritt Probleme und Erscheinungen, mit denen wir nicht zufrieden sind und die dem Wesen des Sozialismus

<sup>142</sup> Vgl. Kapitza, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/ Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung, Opladen 1997, S. 108.

<sup>143</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 107.

<sup>144</sup> Bürger, Ulrich: Das sagen wir natürlich so nicht, S. 219.

<sup>145</sup> Im Oktober mehrten sich Stimmen ganz unterschiedlicher Teile der Gesellschaft, die die einseitige Darstellung der Demonstrationen und die Tabuisierung von grundsätzlichen Problemen in den Medien der DDR nicht mehr hinnehmen wollten. Zahlreiche Briefe an die Bezirksleitung Leipzig sind erhalten. Viele davon sind handgeschrieben und von „normalen Bürgern“, die der BL ihren Unmut über die politische Situation und die Berichterstattung darüber verdeutlichen wollen. Zahlreiche Zuschriften, die Veränderungen fordern, stammen aber auch von Betrieben und Organisationen. Auch wenn keiner der Briefe an die Bezirksleitung repräsentativ für DDR-Bevölkerung sein kann, können sie zum Verständnis der Stimmung vieler Bürger beitragen.

widersprechen. In den Massenmedien tun wir jedoch so, als ob bei uns alles hervorragend sei und als ob die Probleme in Vergleich zu den Erfolgen verschwindend gering seien. [...] Es ist jedoch [...] für die Gewinnung aller Bürger notwendig, Probleme konkret zu benennen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Dafür ist eine offene und umfassende Informationspolitik in unseren Medien unerlässlich. Es kann nicht so sein, daß Argumente, Fakten und Zahlen durch westliche Massenmedien schneller in Umlauf gebracht werden, als durch Presse, Funk und Fernsehen unserer Republik. [...] Nicht jeder, der eine unkonventionelle Meinung hat oder Aktivitäten entwickelt, die nicht durch die führende Rolle der Partei geprägt sind, ist gleich ein Klassengegner, der den Sozialismus in der SED beseitigen will.<sup>146</sup>

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften kam damit schon zwei Wochen vor dem ZK zu der Einsicht, dass nur mit Hilfe einer Medienöffnung der Sozialismus verbessert werden kann und dass es nicht gleich sozialismusfeindlich sein muss, wenn Missstände aufgezeigt werden. Die Kritik sollte keineswegs die führende Rolle der SED infrage stellen. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die Autoren, die Herrschaft der SED in Gefahr sahen und den Brief schickten, um die Gefahr abzuwenden.<sup>147</sup> Die Forderung nach freien Medien soll dazu dienen, den Sozialismus in der Krise gegen seine Feinde zu stärken. Andere Institutionen und Betriebe forderten in Zuschriften an die Bezirksleitung Leipzig einen derartigen Medienwandel erst Wochen später, als landesweit demonstriert wurde. Viele der Briefe, die von tiefer Enttäuschung über die Mediendarstellung der Demonstrationen zeugen, stammen von langjährigen SED-Mitgliedern.<sup>148</sup>

Für die Bürger von Leipzig muss die Berichterstattung über die Montagsdemonstrationen ein besonders drastischer Vertrauensmissbrauch gewesen sein. Denn jeder, der dabei gewesen ist, zusah oder wenigstens davon hörte, wusste, dass es normale DDR-Bürger waren, die demonstrierten und dass LVZ gezielt Lügen verbreitet, wenn sie von „gewalttätigen Staatsfeinden“ schreibt. Wer sollte an dieses Märchen noch Glauben, als am 9. Oktober bereits 70 000 Menschen auf der Straße waren, die Sprechchöre wie „Keine Gewalt“ riefen. Die LVZ erhielt von der ZK-Abteilung für

<sup>146</sup> 21123 SED-BL Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1820, Sächsische Akademie der Wissenschaften.

<sup>147</sup> Denn die Sächsische Akademie war von der Akademie der Wissenschaften der DDR abhängig. Diese war zwar lange Zeit ein Rückzugsgebiet für Wissenschaftler vor der Kontrolle der SED. Das verschwand allerdings Ende der 60er Jahre, als der gesamtdeutsche Anspruch der Akademie aufgegeben wurde. Es „[...] überzog 1989/90 die Trägheit der alten Strukturen und Mächte gegenüber den geringen ‘revolutionären Potential’.“ Walther, Peter: Bildung und Wissenschaft, in: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, Bonn 1997, S. 238ff.

<sup>148</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-BL-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1820.



Agitation den Auftrag, unverändert den „antisozialistischen Charakter“ und die Staatsfeindlichkeit der Veranstaltung bei der Berichterstattung zu entlarven.<sup>149</sup> Dass die Leipziger dies längst nicht mehr glauben wollten, zeigen die Zuschriften an die Bezirksleitung. So schreibt beispielsweise die Jugendbrigade des Chemieanlagenbaukombinats Leipzig/ Grimma einen Tag nach der Demonstration:

„Wir sind empört darüber, dass die Ereignisse in der Innenstadt am 09.10.1989 nur in Form einer Kurzmeldung wiedergegeben werden. [...] Wollen die uns denn immer noch einreden, daß der Klassenfeind tausende friedlicher Bürger auf die Straße treibt [...]?“<sup>150</sup>

### *1. 2. Zum verordneten Dialog in den Medien*

Am 09. Oktober nahm die Montagsdemonstration in Leipzig eine Größenordnung an, die es für die SED nicht mehr zuließ, mit Repressionen zu reagieren. Um den Demonstranten zu zeigen, dass sie den Forderungen nach Reformen nachkommt, versprach die SED mit einem Politbürobeschluss am 11.10.1989 einen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften.<sup>151</sup> Krenz, der die Erklärung gegen Honnecker durchsetzte, hoffte damit, die Menschen von der Straße holen zu können „[...] und sich an die Spitze einer staatlich inszenierten und kontrollierten Dialog-Bewegung zu stellen“.<sup>152</sup> In den folgenden Tagen wurde der Dialog in allen Medien der DDR zum Thema gemacht. Doch die Beschwichtigungstaktik sollte nicht aufgehen.

Der „Pseudo-Dialog“, wie u.a. Michael Richter ihn nennt, hatte wenig mit den Dialogforderungen der Dresdner „Gruppe der 20“ und des „Neuen Forums“ gemein.<sup>153</sup> Denn auf die Bühne des von der SED ins Leben gerufenen Dialogs durften nur parteitreue Diskussionspartner. Der Dialog hatte den Zweck, der Öffentlichkeit klar zu machen, dass die SED die besten Argumente im Meinungsstreit hat. Timmer nennt es das „Forum der Agitatoren“.<sup>154</sup> Dieser Aspekt, also dass die SED bereits am 11.10. 1989 einen von oben verordneten Dialog anstieß, um eine Scheinöffnung der Presse zu inszenieren, wird bei den meisten Betrachtungen des medienpolitischen Wandels einfach ignoriert. Holzweißig beispielsweise setzt bei seinen Abhandlungen immer erst bei Honneckers Absetzung an und verkennt damit wichtige Nuancen der SED-

<sup>149</sup> Ausführlich dazu: Vgl. Reichert, Steffen: Transformationsprozesse, S. 118ff.

<sup>150</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-BL-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1823, 77.

<sup>151</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 239f.

<sup>152</sup> Vgl. Richter, Michael [u.a.]: Die Gruppe der 20, S. 81.

<sup>153</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>154</sup> Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 252.

Medienpolitik.<sup>155</sup> Der Aspekt des Dialogs darf nicht ausgeblendet werden, weil er ganz wesentlich die Rolle der Medien zu Beginn der Friedlichen Revolution bestimmte. Mit dem Dialog sollte der Status Quo keineswegs angetastet, sondern der Zorn des Volkes kanalisiert werden.<sup>156</sup> Die SED war also weit davon entfernt, echten Meinungsstreit und Kritik an der Staatsführung zuzulassen. Dass der Dialog wenig zu einer echten Öffnung der Presse beitrug, blieb aufmerksamen Lesern nicht verborgen. Wie sehr die DDR mit unverändert starren Denkmustern das Vertrauen bei Teilen der Bevölkerung verspielte, zeigt zum Beispiel der Offene Brief von D. P. an die Bezirksleitung Leipzig vom 13. 10:

„Ich muss dazu [zum Dialog] jedoch feststellen, daß unsere Presse immer noch sehr einseitig berichtet. Besonders die LVZ. Überwiegend wird betont, daß Probleme nicht auf der Straße gelöst werden können. Das mag auch für viele Probleme gelten. Aber lösten nicht auch Ernst Thälmann [...] und Erich Honnecker mit ihren treuen Genossen viele Probleme auf der Straße? [...] Wäre der jetzige offene Dialog jemals in Gang gekommen, wenn nicht 50000 bis 70000 Bürger in Leipzig und Dresden auf die Straße gegangen wären?“<sup>157</sup>

So sieht es auch J. R., der in seinem Brief klarstellt, dass er seit 1977 Parteimitglied ist. Er hat große Hoffnungen in den angekündigten Dialog gesetzt. Wird aber enttäuscht, weil er feststellen muss, dass kein echter Dialog stattfindet. Er will offensichtlich das Beste für den Sozialismus und die DDR und ist sich nach der Lektüre des ND und der LVZ sicher, dass das Verschweigen von Problemen den Sozialismus gefährdet. Er geht sogar so weit, den Zeitungen „konterrevolutionären Charakter“ zu attestieren:

„Für den heutigen Montag ist (endlich!) die Publizierung der Dialogbereitschaft in den Medien angekündigt worden – bei genauerem Lesen von LVZ und „Neues Deutschland“ findet man wieder nur die sattsam bekannten platonischen Formulierungen von der Möglichkeit aktiver Teilnahme der Bürger. Keine Formulierung lässt auch nur etwas von der notwendigen neuen Qualität politischer Massenarbeit ahnen. Damit kann ich unserer Presse den Vorwurf des -sicher nicht beabsichtigten- konterrevolutionären Charakters nicht ersparen. Unsere Zeitung, wie sie im Moment aussieht, schadet uns mehr als sie uns nützt!“<sup>158</sup>

<sup>155</sup> Vgl. bspw. Holzweißig, Gunter: Die Schärfe Waffe der Partei, S. 157ff. oder Ders.: Die Medien der DDR, S. 1746f.

<sup>156</sup> Vgl. Richter, Michael [u.a.]: die Gruppe der 20, S. 82.

<sup>157</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1823.

<sup>158</sup> Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1823.

Die Zuschriften verdeutlichen, dass es viele überzeugte Sozialisten und SED-Mitglieder gab, die angesichts der Demonstrationen in der Pressegleichschaltung eine Bedrohung für den Sozialismus sahen. Sie glaubten, dass nur eine Medienöffnung zur Lösung der Probleme im Land beitragen kann. Als am 11. Oktober der Dialog in Gang gesetzt wurde, reichte das vielen nicht, weil sie erkannten, dass immer noch kein freier Meinungsstreit in den Medien stattfand. SED-Mitglied J. R. nennt das sogar „konterrevolutionär“. Deshalb verwundert es kaum, dass die SED nicht einmal zwei Wochen nach der Verkündung des Dialogs ihre Vorstellung davon gründlich ändern musste, weil der Druck durch die mittlerweile landesweiten Demonstrationen immer größer wurde.<sup>159</sup>

### *1. 3. Honnecker geht und mit ihm die Pressegleichschaltung*

Der medienpolitische Wendepunkt war schließlich der Sturz Honneckers am Abend des 18. Oktober 1989. Der frisch gebackene Ministerpräsident Krenz kündigte bei seiner Antrittsrede einen „ernst gemeinten“ Dialog an und sprach sich für einen „Gedankenaustausch“ aus.<sup>160</sup> Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Krenz gravierende Veränderungen in der Presse vermeiden wollte. Denn zugleich mahnte er: „Unsere Presse kann nicht Tribüne eines richtungslosen, anarchistischen Geredes werden.“<sup>161</sup> Trotzdem kam in der kurzen Zeit des Kabinetts Krenz erhebliche Bewegung in die Presselandschaft der DDR. Denn schon einen Tag nach dem Machtwechsel an der Spitze gab die SED ihren Medienleitungsapparat faktisch auf. Bei der „Argu“ am 19.10. verkündete Geggel das Ende des „Pseudodialogs“ für die Presse und der „journalistenunfreundlichen“ Zeiten.<sup>162</sup>

„Die journalistenunfreundlichen Zeiten sind ja nun vorbei. [...] Lage ist ernst und kompliziert, die Dinge müssen verändert werden. [...] Nach der restriktiven Pressepolitik nun in den Medien das Interesse der Bürger wecken. Bürgernähe. Generelle Wende, keine kleineren Ausbesserungen – auch in den Medien. Kämpferische Einstellung, optimistisch, verantwortungsbewusst. Freimütigkeit - die hilft den Sozialismus am besten. [!]“<sup>163</sup>

<sup>159</sup> Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 250ff.

<sup>160</sup> Vgl. Kapitza, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse; Vgl. Neues Deutschland vom 19. Oktober 1989.

<sup>161</sup> Neues Deutschland vom 19. Oktober 1989.

<sup>162</sup> In einigen Arbeiten wird davon ausgegangen, dass am 19.10 die letzte „Argumentation“ stattfand. Laut Arne Kapitza hat die letzte „Argu“ jedoch am 4. November stattgefunden. Erst danach unterblieben die regelmäßigen Anweisungen an die Presse. Vgl. Kapitza, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse, S. 118.

<sup>163</sup> Bürger, Ulrich: Das sagen wir natürlich so nicht, S. 227.

Ein bisschen Verzweiflung muss sich tatsächlich beim Quasi-Chefredakteur der DDR-Presse, wenn man von Herrmann absieht, breit gemacht haben. Denn wenn Freimütigkeit dem Sozialismus am besten helfen soll, warum hat er sie dann bis jetzt mit seiner Tätigkeit jahrelang behindert?

„Wir werden den einzelnen Medien nicht mehr reinreden. [...] Aufheben auch Widerspruch öffentliche Meinung/ veröffentlichte Meinung. Alles natürlich vernünftig und verantwortungsbewusst: die Macht der Arbeiterklasse darf nicht gefährdet werden. [...] Die Staatsmacht darf nicht demontiert werden.“<sup>164</sup>

Geggel weist er jede Verantwortung von sich: „Ich bin nicht bereit, eine große Vergangenheitsbewältigung zu machen. Die Chefredakteure sind verantwortlich.“<sup>165</sup> Schließlich beklagt er sich bei den Redakteuren für Zustände, für die er selbst verantwortlich ist: „Wir hatten ja hier den Zustand, daß man sich im Westen über uns informieren musste. Das war doch unhaltbar! Und die drüben lügen.“<sup>166</sup>

Die „kleinen Ausbesserungen“ in den Medien, also der verordnete SED-Dialog, konnte die Massen nicht von den Straßen holen, sondern machte vielen Menschen erst recht deutlich, dass die SED zu Reformen nicht bereit war. Geggel hat erkannt, dass nur eine „generelle Wende“ in den Medien die Lage im Land entschärfen kann. Er war sich auch des radikalen Widerspruchs zwischen Berichterstattung und öffentlicher Meinung bewusst.

Schabowski wurde Herrmanns Nachfolger und die ZK-Abteilungen für Agitation und Propaganda in „Abteilung für Informations- und Medienpolitik“ umbenannt. Schabowski war nach eigenen Angaben nur unter der Bedingung für das Amt angetreten, von nun an jegliche Einmischung in die Medien der DDR zu unterbinden.<sup>167</sup> Nun war der Dialog zwar ein echter Meinungsstreit, doch das Ziel war unverändert: Die Macht der SED sollte mit Hilfe der Öffnung erhalten bleiben und der Druck, der von den Demonstranten ausging, verringert werden.<sup>168</sup> Im November bereute Krenz schließlich die Besetzung, weil er die Macht der SED durch die freie Berichterstattung über die Demonstrationen gefährdet sah.<sup>169</sup> Die Demonstration einer halben Million Menschen auf dem Alexanderplatz am 4. November markierte den unumkehrbaren Wendepunkt

---

<sup>164</sup> Ebenda, S. 227f.

<sup>165</sup> Ebenda.

<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Medien und die friedliche Revolution, in: Deutschland Archiv, Nr. 6/2004, S. 1014.

<sup>168</sup> Ebenda, S. 158.

<sup>169</sup> Ebd.; Vgl. Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, S. 596.

für den Wandel der Medien.<sup>170</sup> Die Menschen forderten Meinungs-, Presse-, und Versammlungsfreiheit ein.<sup>171</sup> Dies blieb in den Redaktionen nicht ungehört. Krenz appellierte an den Patriotismus der Journalisten, um gegen den neuen Enthüllungsjournalismus, der sich teils gegen SED-Funktionäre richtete, vorzugehen.<sup>172</sup> Am zweiten Beratungstag der 10. SED-ZK-Tagung äußerte Krenz seinen Unmut über die neue Offenheit der Medien. Aus seiner Rede geht hervor, dass er die Journalisten weiterhin als Sprachrohr der SED verstand und die Berichterstattung über Demonstrationen am liebsten auf die Lokalteile verbannt hätte.<sup>173</sup> Doch er hatte keine Macht über die Berichterstattung, die alten Strukturen waren aufgebrochen. So blieb ihm nichts als ein wirkungsloser Appell an die Journalisten.

Spätestens im November wehte ein „neuer Wind“ in allen Redaktionen und echte Diskussionen prägten das Erscheinungsbild der Tageszeitungen. Die Zeitungen räumten den verschiedenen Gruppierungen der Demokratiebewegung großzügigen Platz ein, Gastkommentare wurden veröffentlicht.<sup>174</sup> Neue journalistische Darstellungsformen, wie kontroverse „Streitgespräche“ fanden ihren Platz in den Blättern. Überdies wurden regelmäßig Leserbriefe abgedruckt.<sup>175</sup> Dieser rasche Wandel hing mit Sicherheit auch damit zusammen, dass die Journalisten alles unternehmen wollten, um ihr Image als Agitatoren loszuwerden und das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.<sup>176</sup> Fast alle Bezirkszeitungen wechselten ihre Redaktionsspitze aus und unterbunden damit die direkte Verbindung zum MfS und zur ehemaligen Agitationsabteilung, auch wenn diese ohnehin keine Befehle mehr schickte.<sup>177</sup> Der Machtwechsel und die Umformung der ZK-Abteilung für Propaganda hatten bei den Medien eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, der nicht mehr aufzuhalten war.

---

<sup>170</sup> Vgl. Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben, S. 112.

<sup>171</sup> Vgl. Holzweißig: Massenmedien in der DDR, 596.

<sup>172</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Schärfste Waffe der Partei, S. 159.

<sup>173</sup> Ebenda, S. 159f.

<sup>174</sup> Vgl. Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden Baden 1998, S. 34.

<sup>175</sup> Vgl. Kapitza, Arne: Die Transformation der ostdeutschen Presse, S. 122; Vgl. bspw. Sächsische Zeitung vom 20.-30. Oktober 1989.

<sup>176</sup> Vgl. Kapitza, Arne: Die Transformation der ostdeutschen Presse, S. 124.

<sup>177</sup> Ebenda, S. 119. Aber bereits vorher wurden manche „Empfehlungen“ der ZK-Abteilung Agitation, die jetzt tatsächlich nur noch als Empfehlungen aufgefasst wurden, ignoriert. So erhielt die Bezirksleitung Dresden am 23. Oktober beispielsweise ein Schreiben vom ZK zum Internationalen Friedenscamp vom 23. bis zum 27. Oktober. In Punkt drei wurde verkündet: „Die Medien der DDR und die Auslandsinformation berichten angemessen über das internationale Friedenscamp.“ SHS Dresden, 11857 SED-Bezirksleitung, Dresden Nr. B/262, 84/89, Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 112 vom 23. 10. 1989. Tatsächlich war der SZ das Friedenscamp keine Zeile mehr wert. Vgl. Sächsische Zeitung vom 15.-30. Oktober 1989.

Zusammengefasst waren also folgende Zäsuren für den medienpolitischen Wandel in der DDR entscheidend. Die Montagsdemonstrationen seit dem 4. September 1989 hatten eine zunehmende Öffentlichkeitswirkung. Sie wurden in den Medien entweder tabuisiert oder als staatsfeindlich dargestellt. Am 09. Oktober, als rund 70 000 Menschen auf der Straße waren, rief die Berichterstattung bei der Bevölkerung immer größere Empörung hervor. Der einseitige Dialog in den Medien, den die SED am 11. Oktober verordnet hatte, vermochte daran nichts mehr zu ändern. Von einer tatsächlichen Medienöffnung kann erst ab dem 19.10.1989 gesprochen werden, nachdem die neue SED-Führung die alten Presselenkungsstrukturen mit dem Ziel des Machterhalts, aufgab.

Von nun an wurden große Anstrengungen unternommen, um der neuen Medienfreiheit eine rechtliche Grundlage zu geben. Am 31. 10. vereinbarten der Vorsitzende des Film- und Fernsehschaffendenverbands, Peter Ulbricht und der Vorsitzende des Verbands der Journalisten der DDR, Eberhard Heinrich, die Gründung einer Arbeitsgruppe, die ein neues Mediengesetz ausarbeiten sollte.<sup>178</sup> Im Dezember wurde die Kommission ins Leben gerufen. Am 5. Februar 1990 beschloss die Volkskammer der DDR die „Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ und setzte damit die Forderungen der Demonstranten in die Tat um. Der „Medienkontrollrat“ und der „Runde Tisch“ sollten die Umsetzung der Grundsätze bewerkstelligen. Doch bis zum Ende der DDR blieb das Unterfangen ein Provisorium. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hatte die Umsetzung des Mediengesetzes überflüssig gemacht.<sup>179</sup> Am 1. Dezember 1989 trat der Artikel 27, der die Pressezensur ausschließt, erstmals in Kraft, weil die Volkskammer die Streichung von Artikel 1 zur führenden Rolle der SED bestimmte.<sup>180</sup> Ende 1989, Anfang 1990 lösten sich alle Bezirkszeitungen von der SED/PDS. Eigenständige Verlagsgesellschaften wurden gegründet. Dies war der Beginn der Expansion westdeutscher Verlage auf den ostdeutschen Pressemarkt. Bereits im Mai 1990 kooperierten 26 DDR-Zeitungen mit westdeutschen Verlagen. Im November und Dezember wurden die Bezirkszeitungen von der Treuhandanstalt an westdeutsche Verlage verkauft.<sup>181</sup> Diese Schlaglichter auf die Transformation der

<sup>178</sup> Vgl. Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet, S. 32ff.

<sup>179</sup> Vgl. Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet, S. 34f. Näheres zum Beschluss: Vgl. auch: Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben, S. 113; Vgl. Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, S. 214ff.

<sup>180</sup> Vgl. Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben, S. 117.

<sup>181</sup> Das Ergebnis davon war, dass viele neue Zeitungstitel, die nach und während der „Friedlichen Revolution“ entstanden waren, Konkurs anmelden mussten. Die Bezirkszeitungen hatten das Vertrauen zu ihren Lesern offenbar nicht nachhaltig zerstört. Zeitungen, die nicht zum SED-Preseimperium

ostdeutschen Presselandschaft sollen genügen.<sup>182</sup> Nun wird der medienpolitische Umbruch aus der Perspektive der Journalisten untersucht.

## 2. Der Umgang der Journalisten mit der neuen Situation

### 2.1. Zwischen Aufbruchstimmung und Schock

Den Interviews von Renate Schubert zufolge sahen die meisten Journalisten die neue Situation zuerst als Befreiung an.<sup>183</sup> „Man kann wirklich kreativ arbeiten. Das ist ein sehr befriedigender Vorgang“<sup>184</sup>, äußerte sich der Chefredakteur des Neuen Deutschland Wolfgang Spickermann. Er hatte „[...] die utopische Hoffnung, daß das mit den sozialistischen Idealen richtig losgehen kann.“<sup>185</sup> Ein Referent des VDJ erinnerte sich im Interview mit Stefan Pannen an eine Zeit des Aufbruchs, als er an den Oktober 1989 zurückdenkt:

„Es gab eine Zeit einer fast sagen- und traumhaften Pressefreiheit, wo also bestimmte Blätter acht verschiedene Meinungen vertreten haben und sich von Seite zu Seite widersprochen haben, wo sich Kollegen austoben konnten, auch mit schönem Journalismus.“<sup>186</sup>

An dieser Stelle muss an den stark eingeschränkten Handlungsspielraum der Journalisten erinnert werden, an den einseitigen Verlautbarungsjournalismus, die fest gefügten Sprachformeln und an den massiven Einfluss der ZK-Abteilung Agitation. All dies war mehr oder weniger plötzlich verschwunden. Sie waren nun nicht mehr die Agitatoren, die die Volksmassen anleiten sollten, sondern Journalisten, die selbstständig recherchieren, Themen aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und Reportagen schreiben.

Es wäre sicher zu einfach, die Journalisten für ihren raschen Rollenwandel pauschal als „Wendehälse“ oder Opportunisten zu bezeichnen. War der neue Enthüllungs-

---

gehörten, wurden durch die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt benachteiligt. Schon bald kam es damit zu einer Monopolisierung ehemaliger SED-Zeitungen in der DDR. Die westdeutschen Verlage profitierten massiv von der hohen Leserbindung zu den ehemaligen Bezirkszeitungen. Vgl. Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet, S. 36ff.

<sup>182</sup> Für eine umfangreiche Darstellung der Transformation der ostdeutschen Presse: Vgl. Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet., S. 31-206; Nölte, Joachim: Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR, in: Claus, Werner (Hrsg.): Medien-Wende – Wende-Medien?. Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober '89-Oktober '90, S. 17-116.

<sup>183</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 19, 28, 33.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>185</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 19.

<sup>186</sup> Zitiert nach: Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 178.

journalismus nur eine Folge von Existenzängsten davor, der erste sein zu müssen, der seinen Schreibtisch räumen muss, weil man die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat?<sup>187</sup> So einfach ist es nicht. Die komplizierte Entwicklung ist wohl kaum mit einem einzelnen Erklärungsansatz zu verstehen. Gänzlich falsch wäre zu glauben, dass die neuen Freiheiten wie ein Schock über die Journalisten kamen und sie sich zur gleichgeschalteten Presse zurücksehnten. So dachten die wenigsten. Roland Reck schlussfolgert aus seinen Interviews, dass die Journalisten Hoffnungen auf Gorbatschow setzten. „Umbau“ und „Offenheit“ wünschten sich viele auch für die DDR-Medien, doch sie sollten enttäuscht werden.<sup>188</sup> Die festen Autoritätsgefüge wurden nicht angetastet und so blieb es bis zum Herbst 1989 beim Hoffen. Erst der Sturz Honneckers änderte etwas an der verfahrenen Situation. Deshalb wurde der Antritt von Krenz von vielen als positiv aufgefasst.<sup>189</sup>

Ein Motiv für den raschen Rollenwechsel taucht immer wieder auf: Der Glaube an einen besseren Sozialismus. Dies passt auch zu den Biographien der Journalisten. Wer in diesem Beruf arbeiten wollte, der brauchte schlichtweg die Überzeugung, dass der Sozialismus das bessere System ist. Deshalb findet sich bei den meisten Journalisten in der Umbruchzeit der unerschütterliche Glaube, dass ein sozialistischer Staat unter Führung der SED mit Pressefreiheit vereinbar ist. Es wäre also falsch, die Öffnung der Presse als Systemkritik zu verstehen. Die rasche Öffnung kann als absolute linientreue bis zum Schluss interpretiert werden, weil sie erst erfolgte, als die Medienanleiter dies ausdrücklich angewiesen haben. Die Öffnung muss für die meisten Journalisten wirklich eine große Befreiung von verkrusteten Strukturen gewesen sein.<sup>190</sup> Sie hofften, dass sie nun ihre ganze Kreativität und Kraft für den Sozialismus einsetzen können. Dies zeigen auch die Zuschriften der Journalisten an das VDJ-Organ „Neue Deutsche Presse“, das 1989 in den November- und Dezemberausgaben das erste Mal Lesermeinungen abdruckte. Die Briefe machen deutlich, dass für keinen Journalisten der Sozialismus und die führende Rolle der SED zur Disposition standen. So unterschiedlich die Reformvorschläge in den Zuschriften auch sein mögen, haben sie doch gemeinsam, dass sie an eine Erneuerung, eine Verbesserung des Sozialismus glauben. So schreiben zwei Journalisten vom „Leuna-Echo“:

---

<sup>187</sup> Holzweißig, Gunter: Die Medien und die Friedliche Revolution, S. 1016. Zum Enthüllungsjournalismus: Vgl. Kapitzka, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse, S. 124ff.

<sup>188</sup> Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 262f.

<sup>189</sup> Ebenda.

<sup>190</sup> Vgl. dazu auch: Kapitzka, Arne: Transformation der ostdeutschen Presse, S. 119f.



„Wir wollen all unser Engagement für die Sache des Sozialismus, als Sache des ganzen Volkes, all unsere journalistischen Fähigkeiten einbringen, um den Prozeß der Erneuerung voranzutreiben, ihn unumkehrbar zu machen. Unser Ziel ist es, frei jeder Bevormundung für die Sache der Bürger dieses Landes zu wirken.“<sup>191</sup>

Diese Hoffnung hatten die meisten Journalisten seit Oktober. Sie glaubten daran, dass es nun richtig losgehen könne und die erlernten Fähigkeiten voll eingesetzt werden können. Nicht selten wurden im Übereifer der neuen Freiheiten journalistische Sorgfaltspflichten missachtet. Journalisten berichteten über ihre Arbeit zur Zeit des Umbruchs, dass Meldungen einfach ohne Überprüfung übernommen wurden, und nicht selten kurze Zeit später richtig gestellt werden mussten.<sup>192</sup> Mit Sicherheit waren die schlechten Recherchen dem Umstand geschuldet, dass die meisten Journalisten von nun an zum ersten Mal wirklich journalistisch arbeiten konnten, zumindest jene aus den Ressorts Wirtschaft und Politik, wo der Spielraum bisher am kleinsten war.<sup>193</sup> So waren die langjährigen Journalisten auf eine gewisse Art und Weise Berufsanfänger.

Wenige Monate später wandelte sich die Aufbruchstimmung bei vielen in Zukunftsangst und Orientierungslosigkeit, erinnern sich die Journalisten in Interviews.<sup>194</sup> Die Infragestellung des Führungsanspruchs der SED durch die Demonstranten und spätestens der Wahlsieg der CDU im März 1990 verunsicherten die Journalisten tief.<sup>195</sup> Reformen konnten sie sich nur im Rahmen der alten Strukturen vorstellen. Die Reaktion auf die neue Entwicklung war Fassungslosigkeit.<sup>196</sup>

Aber auch wirtschaftliche Zwänge, als Folge der Zeitungsübernahme durch westliche Verlage, lösten große Ängste unter den Journalisten aus. Wolfgang Spickermann, der am 14. Oktober 1989 Chefredakteur des ND wurde, bringt den Stimmungswandel im Interview mit Renate Schubert auf den Punkt:

„In einer ersten Phase hatte man die utopische Hoffnung, daß das mit den sozialistischen Idealen richtig losgehen kann. Man wußte nicht wie. Im Januar/ Februar war das vorbei. Ende Januar, Anfang Februar war ein Machtvakuum nicht auszufüllen, ein Kräfteverhältnis nicht reguliert. Die zweite Phase war eine Schockphase, sie brachte totale Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. [...] Insgesamt ist es so: Von einer Unfreiheit in die andere.“<sup>197</sup>

---

<sup>191</sup> Neue Deutsche Presse 11/89, S. 9.

<sup>192</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S.178.

<sup>193</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Die Medien und die Friedliche Revolution, S.1016.

<sup>194</sup> Vgl. Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden, S. 19, 39.

<sup>195</sup> Vgl. Reck, Roland: Wasserträger des Regimes, S. 264.

<sup>196</sup> Ebenda, S. 264f.

<sup>197</sup> Schubert Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 19.

Die Meinung, dass die neue Situation insgesamt nicht mehr Freiheiten ermöglicht hat, ist bei nicht wenigen ehemaligen DDR-Journalisten anzutreffen.<sup>198</sup> Einige vergleichen die heutigen wirtschaftlichen Zwänge bei den Zeitungen mit der Presselenkung in der DDR.<sup>199</sup> So zum Beispiel Brigitte Zimmermann von der Wochenpost. Sie glaubt, dass die Zeitung nach bundesdeutschem Vorbild nur eine Fortsetzung der „Kommandowirtschaft“ mit anderen Mitteln sei:

„Heute haben wir heftigste Probleme mit den westlichen Streben nach Verkäuflichkeit, die Konzessionen machen, die schlicht und einfach gemacht werden müssen. [...] Die „[...] Wirtschaftlichkeit gibt das Kommando. Dauernd hat man kommandierende Höhen zu ertragen.“<sup>200</sup>

So sehen es auch einige Journalisten im Interview mit Bernd Mosebach:

„Ich hatte schon gedacht, daß ich jetzt in eine freie Presselandschaft komme, und habe sehr schnell gemerkt, daß es hier ums große Geld geht. Das was ich hier von der Presse nach der Wende erwartet habe, hat sich in keinsten Weise erfüllt.“<sup>201</sup>

## *2.2. Zwischen Verdrängung und Eingestehen der Verantwortung*

Der VDJ war bis zum Ende der SED linientreu und kein Akteur der Friedlichen Revolution. Erst nach dem Rücktritt Honneckers erkannte die Verbandsführung den Ernst der Lage und leitete erste Schritte für eine Wende in der Medienpolitik ein. Für den linientreuen Kurs waren unter anderem Funktionäre, wie der Verbandsvorsitzende Eberhard Heinrich verantwortlich. Bis zum Zeitpunkt seiner Absetzung Ende Januar 1990 bekannte er sich nicht deutlich zur Mitschuld an der Desinformation der Bevölkerung. In einem Interview in der SZ vom 30.10.1989 verteidigt er die Journalisten der DDR. Auf die Frage, ob nicht auch an den Journalisten gelegen habe, dass die Medien in Verruf geraten sind, entgegnet er, dass Institutionen beschönigte Informationen an die Presse weitergeleitet hätten. Und nun würden diese Institutionen der Presse Schönfärberei vorwerfen. Die Schuld sucht er vor allem bei der Medienpolitik:

„Durch eine verfehlt Auffassung von Medienpolitik ist der kritikwürdige Zustand der Medien herbeigeführt worden. [...] Bei den Kollegen in den Redaktionen und im Verband existieren seit langem Vorstellungen, wie man

---

<sup>198</sup> Siehe dazu auch die Interviews bei Mosebach: Vgl. Mosebach, Bernd: Alles bewältigt? S. 93ff.

<sup>199</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor, S. 161.

<sup>200</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 58.

<sup>201</sup> Mosebach, Bernd: Alles bewältigt? S. 95.

es anders und besser machen könne und müsse. [...] Leider sind wir mit diesen Vorstellungen damals nicht durchgekommen.“<sup>202</sup>

Dass sich der Vorsitzende mit den Vorstellungen nie an Entscheidungsträger wie Herrmann oder Geggel wandte, wird bei dem Interview nicht angesprochen. Es wird auch nicht hinterfragt, woran es liegt, dass sie mit den Vorstellungen nicht „durchgekommen“ sind oder präziser: Warum es im Mediensystem der DDR überhaupt nicht vorgesehen war, mit Änderungsvorschlägen „durchzukommen“. Es fällt auch kein Wort zur Rolle der ZK-Abteilung Agitation, welche die Arbeit des VDJ maßgeblich beeinflusste.<sup>203</sup> Die Forderungen nach einer medienpolitischen Wende stellte Heinrich erst zu einem Zeitpunkt, als er vom Verband zum Handeln gedrängt wurde und keine Konsequenzen mehr seitens der Agitationsabteilung zu befürchten hatte. Heinrich glaubt, dass die Umsetzung der Pressefreiheit in den Medien eine Frage der Interpretation der Verfassung ist:

„Die Ausübung der Medienfreiheit ist unterschiedlichen Auffassungen über den richtigen Gebrauch dieses Verfassungsgrundsatzes [!] unterworfen. Ich sprach schon von früheren medienpolitischen Auffassungen. Jetzt hat sich die Auffassung durchgesetzt, das beste für den Sozialismus ist Offenheit.“<sup>204</sup>

Wer sollte da an eine medienpolitische Wende glauben, wenn der Vorsitzende des Journalistenverbands dem Staat zugesteht, die Pressefreiheit frei interpretieren zu dürfen und verschweigt, dass die journalistische Praxis schlichtweg nichts mit Pressefreiheit zu tun hatte? Deshalb war es eine logische Konsequenz, dass sich der Verband im Januar von seinem Vorsitzenden trennte, der zu den Fehlern der Vergangenheit offensichtlich keine Stellung nehmen wollte.

Nicht wenige Journalisten wiesen die Mitschuld von sich und schoben wie Heinrich die Schuld auf die Gestalter der Medienpolitik.<sup>205</sup> Wenn es um die Schuld geht, verteidigen sich die Journalisten oft, damit, dass sie keine wichtige Position inne gehabt haben und in ihrem Rahmen kritisch gehandelt und sich Nischen gesucht hätten.<sup>206</sup> Den Begriff „Schuld“ nehmen deshalb nur wenige Journalisten in den Mund, während sich viele zu einer „Verantwortung“ an der Desinformation der Bevölkerung bekennen.<sup>207</sup> November 1989 bis Februar 1990 waren regelmäßig Entschuldigungsschreiben in der DDR-Presse

<sup>202</sup> Sächsische Zeitung vom 30.10.1989, S.4

<sup>203</sup> Martin, Julia: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), S.57f.

<sup>204</sup> Sächsische Zeitung vom 30.10.1989, S.4

<sup>205</sup> Vgl. Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 42f.

<sup>206</sup> Vgl. Mosebach, Bernd: Alles bewältigt? S. 61.

<sup>207</sup> Ebenda S. 61.

zu finden.<sup>208</sup> Oft zitiert wurde das ungewöhnlich schonungsloses Schuldbekenntnis von Henryk Goldberg in der Jungen Welt Sylvester 1989:

„Meinen Artikel hat nicht Joachim Herrmann geschrieben, kein Bundes- oder Parteivorstand, und auch kein Zentralrat der FDJ nicht. Den habe ich geschrieben, eigenfingrig, eigenköpfig. Und sagt nicht: unter Protest. [...] Und sagt nicht Freunde, wir mußten. Wir mußten schon, wenn wir weitermachen wollten. Aber mußten wir weitermachen wollen? Wir haben doch selbst gestrichen, wovon wir wußten, es würde gestrichen werden, und gefragt werden würden wir zudem: Warum hast du das nicht gestrichen, bist du doof? Und doof wollten wir nicht sein, wir sind doch nicht doof. Wir haben das Maul gehalten in den Blättern [...]“<sup>209</sup>

In späteren Interviews mit ehemaligen Journalisten der DDR kommen ähnliche Selbstvorwürfe wie bei Goldberg zur Sprache, auch wenn sie die Ausnahme sind. So zum Beispiel Christel Richter von der Märkischen Allgemeine. Erst nach einem Interview mit einem Vertreter der Potsdamer Bürgerrechtsbewegung verstand sie die Lage von Andersdenkenden in der DDR: „Heraus kam für mich die große Tragik, nicht gewusst zu haben, wie sehr Andersdenkende gelitten haben, nicht nach ihnen gefragt zu haben.“<sup>210</sup> Hans-Dieter Schütt, der bis 1989 Chefredakteur der Jungen Welt war, hat sich immer wieder zur Mitschuld bekannt. Aus heutiger Sicht bereut er, stets linientreu gewesen zu sein:

„Ehrgeiz und letztlich Opportunismus – ein bequemer Weg. Ich habe nie ausprobiert: ‘Mit mir nicht!’ Ich meine heute: Es wäre gar nichts passiert. Die Existenz hätte es nicht gekostet. Irgendwelche Repressalien wären nicht passiert. Den Posten hätte man verloren. Es hätte wenig dazu gehört, nein zu sagen.“<sup>211</sup>

Doch die Abrechnung mit der Vergangenheit bedeutete für viele nicht gleichzeitig, dass auch radikal mit den Strukturen der Vergangenheit gebrochen werden muss. So schreibt der Leipziger Journalist Peter Ufer im Oktober einem Brief an das Verbandsorgan NDP:

„Ich möchte meine Mitschuld öffentlich bekennen, denn sich aus der Verantwortung drücken ist feige und vor allem: es macht nichts ungeschehen. Wir Journalisten, denke ich, waren zu inkonsequent in unserer Arbeit oder anders gesagt: zu einsichtig.“<sup>212</sup>

Trotz aller Selbstkritik glaubt Ufer daran, dass die Zeitungen weiterhin Presseorgane der Parteien bleiben sollten.<sup>213</sup> Benno Klein aus Reichenbach macht auf die Langweiligkeit

<sup>208</sup> Vgl. Holtermann, Angelika: Das geteilte Leben, S. 114.

<sup>209</sup> Junge Welt vom 30./31. 12. 1989.

<sup>210</sup> Schubert, Renate: Ohne größeren Schaden?, S. 48.

<sup>211</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>212</sup> Neue Deutsche Presse, 12/89, S. 7.

<sup>213</sup> Ebenda.

und Langatmigkeit der Berichterstattung über ZK-Tagungen aufmerksam und dass die permanente Nennung von Titeln die Artikel unleserlich mache. Er wünscht sich glaubwürdige Zeitungen, jedoch denkt er, dass die DDR-Journalisten beim Studium an der KMU das notwendige Rüstzeug mitbekommen hätten, um guten Journalismus zu betreiben. Interessanterweise nennt er die Aufgabe der Journalisten „Medienpolitik“.

„Um eine wirksame und glaubwürdige Medienpolitik zu betreiben, genügt eigentlich die Anwendung der Erkenntnisse, die an der [...] Sektion für Journalistik gelehrt wurden und werden, in erster Linie die Grundprinzipien des sozialistischen Journalismus: Parteilichkeit Wissenschaftlichkeit, Wahrhaftigkeit und Volksverbundenheit.“<sup>214</sup>

Das verdeutlicht, dass er, wie andere Journalisten auch, trotz der Öffnung an alten Denkmustern festhielt. Denn wenn journalistische Arbeit als „Medienpolitik“ bezeichnet wird, lässt das vermuten, dass er Journalisten weiterhin als Politiker der SED ansah. Lutz Rackow, der in der selben Ausgabe Vorschläge für ein Mediengesetz macht und zahlreiche Freiheiten fordert, will aber nicht so weit gehen, alle ausländischen Publikationen den Bürgern der DDR zuzumuten:

„Einschränkungen sind lediglich bei politischen und moralischen Schmutz- und Schundpublikationen, nach genauen Abgrenzungen durch Verfahren, die von einem pluralistisch begrenzten Gremium geprüft und öffentlich begründet werden müssen, zulässig.“<sup>215</sup>

Aus den Leserbriefen und Interviews geht ein ambivalentes Bild hervor: Kaum ein Journalist verleugnet die Verantwortung an jahrelanger Desinformation. Einige gingen mit ihrer vergangen Arbeit hart ins Gericht. Jedoch wollten die meisten nicht so weit gehen, deshalb die alten Strukturen der DDR-Presse zur Disposition zu stellen. Kaum ein Journalist war im Herbst 1989 bereit, die führende Rolle der SED infrage zu stellen, die bis dahin eine freie Berichterstattung verhinderte. Ein gutes Beispiel dafür ist die Argumentation von Benno Klein. Er fordert glaubwürdigere Medien und ist überzeugt, dass dies möglich sei, wenn sich die Journalisten nur an die „Grundprinzipien des sozialistischen Journalismus“ hielten, die sie im Studium erlernt hatten. Doch machten nicht gerade diese Grundprinzipien, die Journalisten zu Funktionären erklärten, vierzig Jahre lang glaubwürdige Zeitungen unmöglich? Dass beides, also die Desinformation und die führende Rolle der SED untrennbar miteinander verbunden waren, wollten viele nicht wahr haben. Doch die Verfassungsrealität in DDR zeigt deutlich, dass es nichts

---

<sup>214</sup> Ebenda.

<sup>215</sup> Neue Deutsche Presse, 12/89, S. 8.

nützt, wenn der Artikel 27 Pressefreiheit garantiert, dieser jedoch dem Artikel 1, also der führenden Rolle der SED, untergeordnet war.

## IV Zusammenfassung

Es wurde gezeigt, dass das Pressesystem der DDR nicht ohne das Herrschaftssystem der SED zu verstehen ist. Nach der marxistisch-leninistischen Theorie ist die Presse ein Instrument der Arbeiterklasse, das die Massen anleiten und mobilisieren soll. Sie transportiert das SED-Deutungsmonopol an das Volk. Um dies zu bewerkstelligen, etablierte die SED einen ausgeklügelten Presselenkungsapparat. Die Agitationsabteilungen auf Bezirksebene wirkten jeden Tag auf die Berichterstattung in den Bezirksorganen ein, kontrollierten die korrekte Umsetzung der Beschlüsse der Bezirksleitung und trafen kaderpolitische Entscheidungen für die Redaktionen.

Die oberste Schaltstelle des Apparats war der Schreibtisch des Generalsekretärs. Wenn er es als erforderlich ansah, konnte er bis ins Detail die Inhalte der Presse vorgeben. Heinz Geggel, der die ZK-Abteilung für Agitation leitete, kann durchaus als Chefredakteur der DDR-Presse angesehen werden. Er gab aktuelle Sichtweisen des Zentralkomitees zum politischen Geschehen bei den Donnerstagssitzungen an die Pressevertreter weiter. Die Deutungen, Termine und Tabus wurden in den Redaktionen strikt eingehalten. Dies wurde am Beispiel der Grundsatzargumentationen zu den Anfängen der „Friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 verdeutlicht. Es existierte in der SED- und Blockparteipresse keine davon abweichende Berichterstattung.

Einer der wesentlichen Gründe dafür ist die tägliche Selbstzensur in den Redaktionen. Dies leugnet kaum ein ehemaliger Journalist der DDR. Ihnen wurde bei der einheitlichen Ausbildung von Anfang an klar gemacht, dass die Agitation der Massen ihre Hauptaufgabe sein würde. Sie haben damit die Rolle von Politikern eingenommen. Deshalb war ihre enge Verflechtung mit dem Herrschaftsapparat eine Selbstverständlichkeit. Journalistische Kader waren meistens zugleich politische Funktionsträger in den Bezirksleitungen und offizielle Kontaktpersonen des MfS.

Genau deshalb wurden Redaktionen von der Staatssicherheit keineswegs als „Brennpunkt“ eingestuft. Sie hatte zwar in nahezu allen Redaktionen inoffizielle und offizielle Mitarbeiter im Einsatz, brauchte dort aber nicht gegen „Feinde des Sozialismus“ vorzugehen, weil die Journalisten bis zum Schluss die Anweisungen linientreu ausführten. Der Verband der Journalisten der DDR, in dem fast alle Journalisten organisiert waren, stellt ein weiteres Instrument für die Kontrolle und Integration auf Bezirksebene dar. Anhand einer Bezirksdelegiertenkonferenz wurde die zentrale kaderpolitische Steuerung des Verbands deutlich gemacht.

Die Starrheit des politischen Systems und der Führungselite spiegelte sich aufgrund der engen Verflechtung der Medien mit dem System eins zu eins in den Tageszeitungen wider. Da die Staatsführung Demonstranten, die von ihrem Land Reformen forderten, als „Feinde des Sozialismus“ einstuft, hatten diese keine Chance, in der Presse Gehör für die Missstände zu finden.

Die Berichterstattung über die Chinesische Lösung und spätestens die mediale Darstellung der Menschenmassen auf den Straßen in Leipzig und Dresden haben dazu geführt, dass die Medien der DDR massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Dies wurde anhand von Briefen an die Bezirksleitung, die zum Teil von langjährigen Parteimitgliedern verfasst wurden, deutlich gemacht. Die SED versuchte auf den Verlust von Glaubwürdigkeit mit einem von oben verordneten Dialog zu reagieren. Doch dieser konnte die landesweite Ausweitung der Demonstrationen nicht verhindern. Da sich die Journalisten weiterhin passiv verhielten, war es die Staatsführung selbst, die die Pressegleichschaltung beendete. Anhand von veröffentlichten Interviews mit ehemaligen DDR-Journalisten wurde verdeutlicht, dass sie das Ende der Presselenkung mehrheitlich als große Befreiung empfunden haben. Als überzeugte Sozialisten glaubten sie, mit den offenen Medien einen besseren Sozialismus gestalten zu können. Deshalb verflieg die Euphorie bei vielen schnell und verwandelte sich in Zukunftsangst, als die führende Rolle der SED zur Disposition stand.



## V Quellenverzeichnis:

Junge Welt vom 30./31. 12. 1989.

Neue Deutsche Presse von 10/1989, 11/1989, 12/1989, 02/1990, 03/1990.

Neues Deutschland vom 2., 19. Oktober 1989.

Sächsische Zeitung vom 3., 5., 6./7., 9., 10. August 1988; 9., 30. Oktober 1989.

SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 108.

SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 118.

SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 119.

SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 124.

SHS Dresden, 12487: Verband der Journalisten der DDR, Bezirksvorstand Dresden Nr. 4, 130.

SHS Dresden, 11857: SED-Bezirksleitung-Dresden Nr. B/252, 71/88.

SHS Dresden, 11857: SED-Bezirksleitung-Dresden Nr. B/260, 62/89.

SHS Dresden, 11857: SED-Bezirksleitung-Dresden Nr. B/262, 84/89.

Staatsarchiv Leipzig, 21121: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Nr. 42, 1138.

Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Nr. 41, 47.

Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1820.

Staatsarchiv Leipzig, 21123: SED-Bezirksleitung-Leipzig, Abteilung Staat und Recht, 11.6. Korrespondenz, Nr. 1823, 77.

## VI Verzeichnis der Primär- und Sekundärliteratur

- Baerns, Barbara*: Journalismus und Medien in der DDR. Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels, Berlin 1990
- Böckelmann, Frank* [u.a.]: Arbeitslosigkeit und Berufswechsel, in: Böckelmann, Frank/ Mast, Claudia/ Schneider, Beate (Hrsg.): Journalismus in den neuen Ländern. Ein Berufsstand zwischen Aufbruch und Abwicklung, Konstanz 1994, S. 19-144.
- Bürger, Ulrich (Pseudonym)*: Das sagen wir so natürlich nicht! Donnerstag-Argus bei Herrn Geggel, Berlin 1990.
- Heghmanns, Michael/ Heintschel von Heinegg, Wolff*: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. Absicherung der Berichterstattung der SED-Bezirkszeitung Lausitzer Rundschau durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. (=Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 18), Berlin 2003.
- Herrmann, Christian*: Einleitung: Geschichte der SED-Bezirksleitung/ Teilbereich Agitation und Propaganda, Findbuch, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, 21123 SED-Bezirksleitung Leipzig, SED-Bezirksleitung Leipzig, 06 Agitation und Propaganda. URL: [http://www.Archiv.sachsen.de/ofind/StA-L/21123/21123\\_Agitation\\_neu/index.htm](http://www.Archiv.sachsen.de/ofind/StA-L/21123/21123_Agitation_neu/index.htm). (Zuletzt geöffnet am 12. August 2009)
- Holitzer, Tobias*: 15 Jahre Friedliche Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/ 42 2004, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3-6.
- Holtermann, Angelika*: Das geteilte Leben. Journalistenbiographien und Medienstrukturen zu DDR-Zeiten und danach, Opladen 1999.
- Holzweißig, Gunter*: Das Presseamt des DDR-Ministerrats. Agitationsinstrument der SED, in: Deutschland Archiv, 5/1992, S. 503-512.
- Holzweißig, Gunter*: DDR-Medien und Medienpolitik, in: Eppelmann, Rainer/ Faulenbach, Bernd/ Mähler, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn [u.a.] 2003, S. 113-116
- Holzweißig, Gunter*: Die Medien und die friedliche Revolution, in: Deutschland Archiv, Nr. 6/2004, S. 1012-1024.
- Holzweißig, Gunter*: Die Medien in der DDR während der Zeit der Wende und im Alltag der neuen Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung der Tageszeitungen, in: Materialien der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des

- Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band IV/2, Baden-Baden und Frankfurt am Main 1999, S. 1745-1783.
- Holzweißig, Gunter*: Die Schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Köln 2002.
- Holzweißig, Gunter*: Massenmedien in der DDR, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln [u.a.] 1999, S. 573-601.
- Holzweißig, Gunter*: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997.
- Kapitza, Arne*: Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung, Opladen 1997.
- Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik*: Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, Leipzig 1981
- Kluge, Ulrich/ Birkefeld, Steffen/ Müller, Silvia*: Willfährige Propagandisten. MfS und Bezirksparteizeitungen: „Berliner Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Neuer Tag“. (=Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 69), Stuttgart 1997.
- Kutsch, Arnulf (Hrsg.)*: Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR. (=Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Band 64), Bochum 1990.
- Lenin, Wladimir I.*: Werke, Band 5, Berlin (Ost) 1960.
- Martin, Julia*: Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation, Westkorrespondenten, "Der Schwarze Kanal". Medien in Geschichte und Gegenwart, Band 23, Köln 2007, S. 7-78.
- Mast, Claudia [u.a.]*: Medien und Journalismus im Umbruch. Konzepte und Erfahrungen von Medienunternehmen, Verbänden und Redakteuren in den neuen Bundesländern, in: Böckelmann, Frank/ Mast, Claudia/ Schneider, Beate (Hrsg.): Journalismus in den neuen Ländern. Ein Berufsstand zwischen Aufbruch und Abwicklung, Konstanz 1994, S. 234-450.
- Meyen, Michael*: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003
- Mosebach, Bernd*: Alles bewältigt? Ehemalige Journalisten der DDR arbeiten ihre Vergangenheit auf, Frankfurt am Main [u.a.] 1996.
- Nölte, Joachim*: Chronik medienpolitischer Ereignisse in der DDR, in: Claus, Werner (Hrsg.): Medien-Wende. Wende-Medien? Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus. Oktober '89 – Oktober '90, Berlin 1991, S. 17-116.

- Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes*: Presse in Deutschland, Stuttgart<sup>3</sup> 2007.
- Reck, Roland*: Wasserträger des Regimes. Rolle und Selbstverständnis von DDR-Journalisten vor und nach der Wende 1889/90. Dissertation an der Universität Münster, (=Medien & Kommunikation, Band 24), Münster 1996.
- Reichert, Steffen*: Transformationsprozesse. Der Umbau der LVZ, Münster 2000.
- Richter, Michael/ Sobeslavsky, Erich*: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, München 1999.
- Schneider Beate*: Massenmedien im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln [u.a.] 1999, S. 602-632.
- Schneider, Beate/ Stürzebecher, Dieter*: Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden Baden 1998.
- Schubert, Renate*: Ohne größeren Schaden? Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten der DDR, München 1992.
- Spielhagen, Edith (Hrsg.)*: „So durften wir glauben zu kämpfen:“ Erfahrungen mit DDR-Medien, Berlin 1993.
- Timmer, Karsten*: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000.
- Walker, Ursula: Kurzbeschreibung des Dissertationsprojekts Journalistische Verbandspolitik im geteilten Deutschland – der „Verband der Journalisten der DDR“ (VDJ) 1946-1990. URL: [http://www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang\\_de/mid\\_11192/ModeID\\_1/3639/default.aspx](http://www.geschichte.hu-berlin.de/site/lang_de/mid_11192/ModeID_1/3639/default.aspx)  
(Zuletzt geöffnet am 3.8.2009)
- Walther, Peter*: Bildung und Wissenschaft, in: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350, Bonn 1997, S. 225-242.
- Wilke, Jürgen*: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln [u.a.] 2007.